

Inhalt

Vorbemerkung 2

Kolja Wagner

Anmerkungen zu Stalins Weg zum Sozialismus und Heiner Karuscheits „barbarisch-bäuerlichem“ Proletariat 3

Heiner Karuscheit

Die Klassen und die Grenzen der Macht
Eine Antwort auf Wagners Kritik an Stalin 13

Fritz Gött

Das kapitalistische Produktionssystem ruiniert die Gesundheit und das Leben der werktätigen Bevölkerung
Literaturhinweise 43

Fritz Gött

Nachrichtentransfer aus der fließenden Welt
Aktuelle Auseinandersetzungen zur Evolutionstheorie 47

Vorbemerkung

Der diesmalige Schwerpunkt über Rolle und Bewertung Stalins geht auf eine heftige Kontroverse im Autorenkreis der AzD zurück. Im Unterschied zu früheren Überzeugungen sieht Kolja Wagner mittlerweile die Politik Stalins als "wesentlichen Grund für das Scheitern des Sozialismus in der UdSSR" und wirft Karuscheit in seinen "Anmerkungen zu Stalins Weg zum Sozialismus" eine "zynische Verharmlosung der Verbrechen der KPdSU" vor.

In seiner Antwort beruft der Kritisierte sich auf die objektive Entwicklung der Klassen in der Sowjetunion, insbesondere auf den neuen "Gesellschaftsvertrag" zwischen Kollektivbauern und barbarisch-bäuerlichem Proletariat, der in den 30er Jahren geschlossen wurde.

Die Beiträge liegen seit Ende 2004 vor und sollten eigentlich spätestens zum 50.Jahrestag des XX.Parteitags der KPdSU im Februar 2006 erscheinen, wir sind jedoch erst jetzt dazu gekommen, sie für den Druck fertig zu stellen.

Abgeschlossen wird die Ausgabe durch zwei Literaturübersichten von Fritz Gött – zum einen über heutige Debatten, die in der Sozial- und Arbeitsmedizin über die Klassen- und Volksgesundheit geführt werden, zum andern über die Auseinandersetzung um die Darwinsche Evolutionstheorie, die insbesondere in den USA von Theoretikern des "Intelligent Design" geführt wird.

Kolja Wagner

Anmerkungen zu Stalins Weg zum Sozialismus und Heiner Karuscheits "barbarisch-bäuerlichem" Proletariat

Als ich vor Jahren das Buch "Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus" von Alfred Schröder und Heiner Karuscheit las, öffnete sich mir ein neuer Zugang zum Marxismus. Nicht die "Wahrheit über Josef Stalin" oder ideologische Moralapostelei stand in diesem Buch, sondern eine Bewertung der Entwicklung der Sowjetunion auf dem Boden einer materialistischen Analyse der Klassenverhältnisse. Zum Schlüssel der Entwicklung erklärten Schröder/ Karuscheit die Agrarverhältnisse. Die Bauern der russischen Zentralgebiete waren Umverteilungsbauern auf Grundlage des gemeinschaftlichen Bodens der Dorfgemeinde.

Heiner sieht in Stalin den "Organisator des russischen Weges zum Sozialismus", der aufbauend auf dieser Tradition mit der Kollektivierung die Voraussetzung für die rasante Industrialisierung schuf. Durch die Industrialisierung der 30er Jahre strömten Millionen Bauern in die Städte und es entstand ein neues Proletariat. Durch die soziale Öffnung von Partei, Staat und Armee wurde aus dem Arbeiter- ein Arbeiter- und Bauernstaat. So bekam die Sowjetunion einen anderen Charakter und wurde stärker vom neuen "bäuerlich-barbarischen Proletariat" geprägt.

Gegen die These des Buches, dass die Dorfgemeinde im Zarenreich nicht unterging und durch Oktoberrevolution 1917 gestärkt wurde, habe ich nichts einzuwenden. In jedem vernünftigen bürgerlichen Buch über Russland steht das seit den 70er Jahren auch geschrieben. Wogegen ich mich hier wende, sind die teilweise unbelegten Ableitungen aus diesen Klassenverhältnissen durch Heiner, sowie seine zynische Verharmlosung der Verbrechen der KPdSU, die angeblich von dem "barbarisch-bäuerlichen" Proletariat herrührten. Ich meine, die Politik Stalins ab 1928 war der wesentliche Grund für das Scheitern des Sozialismus in der UdSSR.

An dieser Stelle möchte ich mich auf die Kollektivierung der Landwirtschaft und den Terror der 30er Jahre konzentrieren. In den letzten Jahren gibt es zu dieser Epoche Berge an Literatur, von denen ich nur einige Bücher lesen konnte.

Kollektivierung: Ein Krieg gegen die Bauernschaft

Die Darstellung der Kollektivierung (1929-1934) von Heiner ist durch die neuere Geschichtsschreibung widerlegt. Der Kerngedanke von Heiners Überlegungen war, dass Stalin die Deportation und Vernichtung der "reicheren Bauern" (Kulaken) und Überführung der bäuerlichen Einzelwirtschaft in die

Kolchose auf der russischen Dorfgemeinschaft aufbauen konnte. "Gegenüber den Teilen der Bauernschaft, die sich wie im Westen Europas auf das Privateigentum an Grund und Boden stützten, insbesondere gegenüber der Ukraine, bedeutete die Kollektivierung den Bürgerkrieg. Im ausschlaggebenden Zentralrussland dagegen waren die altrussischen Landumverteilungsbauern relativ einfach für die Kollektivierung zu gewinnen. Sie erhielten die gemeinsame Verfügung über Zugvieh, Pferde und Gerätschaften der "Dorfreichen". Als dann noch die ersten Traktoren eintrafen, war der Kolchos gesichert." (Karuscheit, 1999, S. 12) "Der Widerstand gegen die Kollektivierung wurde bis zuletzt nur von den Kulaken der obschina-Dörfer sowie von der Einzelbauernwirtschaft in Sibirien und hauptsächlich in der Ukraine getragen." (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 201) Selbst wenn dem so wäre, warum führte dann der angeblich so geniale Klassenpolitiker Stalin in der Ukraine und Russland die gleiche Politik durch? Hätten nicht unterschiedliche Klassenverhältnisse und Bauern eine unterschiedliche Politik in den beiden Sowjetrepubliken erfordert?

Bei beiden Zitaten handelt es sich um Ableitungen von Heiner, die auch in seinem Buch durch nichts belegt werden. Durch neue Dokumente ist heute deutlich, dass es sowohl in den russischen Kerngebieten als auch an den Rändern des Reiches massiven Widerstand von großen Teilen der Bauernschaft gegen die Einführung der Kolchosen gab. Die Zahl der Bauernunruhen stieg von 709 (1928) auf 1307 (1929) und schließlich 13.754 im Jahr 1930. Davon fielen 8.164 auf das russische Gebiet. (Beyrau, 2001, S. 118) In den zentralen Schwarzerde-Gebieten kam es zu 1.373 Massenunruhen. (Viola, 1996, S. 138) Die OGPU registrierte 1929 und 1930 über 22.000 terroristische Akte, davon 1.100 Morde. (ebenda, S. 238)

Die meistens lokalen Bauernproteste richteten sich in der Mehrheit gegen die Kollektivierung, zu 17 Prozent gegen die "Entkulakisierung" und zu 11 Prozent gegen antireligiöse Maßnahmen, die mit der Kollektivierung einher gingen. (Beyrau, 2001, S. 118) Ein geheimes Memorandum vom ZK vom 2. April 1930 sprach von Massenaufständen der Bauern in den zentralen Schwarzerde-Gebieten, Ukraine, Kasachstan, Sibirien und der Region um Moskau. Wenn die Parteilinie weiter nicht beachtet werde, würde ein großer Teil der niederen Kader von den Bauern abgeschlachtet werden, so das ZK. (Viola, 1996, S. 110) In den Statistiken, die Viola veröffentlicht hat, steht bei gewaltsamem Widerstand der Bauern, wie Mord an Sowjetfunktionären, zwar die Ukraine an der Spitze. Aber die zentralrussischen Schwarzerde-Gebiete nehmen auch einen bedeutenden Teil ein. (Viola, 1996, S. 110)

Über die soziale Zusammensetzung des Widerstandes gibt es anscheinend nur wenig Quellen. In der Region Leningrad setzte sich der Widerstand gegen die Kollektive zu ca. 29 Prozent aus Kulaken, zu 51 Prozent aus mittleren und armen Bauern, zu 7 Prozent aus dem Klerus und zu 5 Prozent aus lokalen Sowjet-Funktionären zusammen. Auch in einem Bericht der OGPU hieß es, dass

ein mehr oder minder großer Teil der armen und mittleren Bauern den Widerstand unterstützen würde. (Viola, 1996, S. 143)

Bei den Protesten nahmen die Bauersfrauen eine zentrale Rolle ein. Oft wurden die Kolchosen unter dubiosen religiösen Parolen bekämpft. Viola stellt den Bürgerkrieg der Kollektivierung als Krieg zwischen der städtischen und bäuerlichen Kultur dar. (Viola, 1996, S. 44) Auch religiöse, familiäre und kulturelle Gewohnheiten griffen die auf das Land entsandten Arbeiter an und die Bauern verteidigten sie, auch gewaltsam.

Der Kampf um das Getreide

Stalin leitete im Dezember 1929 mit seinem Artikel zur Liquidierung der Kulaken als Klasse die Offensive zur Deportation von Millionen Bauern ein. Für Heiner war die zentrale Frage der Auseinandersetzung zwischen Staat und Bauernschaft die Eigentumsordnung des Kolchos. Nachdem Stalins Artikel "Vor Erfolgen vom Schwinden befallen" von März 1930 den Bauern private Parzellen zubilligte und sich gegen die Vergesellschaft von Geflügel und Wohnhäusern wandte, sei ein tragbarer Kompromiss mit der russischen Bauernschaft (Mittelbauern und Dorfarmut) gefunden wurden.

Nach dem Artikel nahmen die Unruhen sogar noch zu. (Viola, 1996, S. 136) Vielleicht auch deshalb, weil die neue Linie noch nicht umgesetzt wurde. Bis Juli 1930 traten 30 Prozent der Dorfbevölkerung wieder aus den Kolchosen aus. (Medvedev, S. 81) Nach der Sicherung der Ernte startete die Partei die zweite Kollektivierungsoffensive, die die große Mehrheit der Bauern zu Kolchosen-Mitgliedern werden ließ.

Die Frage der Eigentumsordnung des Kolchos war zwar wichtig, aber der Widerstand der Bauern regte sich vor allem gegen die Getreidejagd mit terroristischen Methoden der städtischen Brigaden. Das Marktaufkommen des Getreides vervierfachte sich fast, nachdem die Brigaden den angeblichen "Korn-Streik" der Kulaken gebrochen hatten.

So leisteten die Gegenden gegen die Kollektivierung Widerstand, die einen größeren Überschuss an Getreide produzierten - unabhängig von der Ausprägung der Dorfgemeinde. Im Ural-Gebiet und Regionen zwischen Moskau und Leningrad, die nicht zu den Schwarzerde-Gegenden gehörten, produzierten die Bauern wenig Überschuss und es gab nur wenige Kulaken. Dort gab es kaum Widerstand. (Medvedev, S. 86) Auch in Belarusland hatte sich noch keine investitionsorientierte Wirtschaftsweise herausgebildet. Da das Gebiet kein Getreideexporteur war, stellte Moskau keine unrealistischen Kennziffern für die Pflichtablieferung auf. Deshalb gab es dort keine Hungersnot im Ausmaß der Ukraine. (Siebert, 1998, S. 372)

Heiner schrieb über die Hungersnot: "Im Winter/Frühjahr 1932/33 gab es in verschiedenen Gebieten der Sowjetunion eine Hungersnot, im wesentlichen dort, wo das Privateigentum verbreitet war, vor allem in der Ukraine."

(Schröder/Karuscheit, 1993, S. 194) Auch die Hungersnot war nicht in erster Linie Folge von Eigentumsverhältnissen, sondern durch die staatliche Getreidejagd verursacht.

Sicher wurde die Ukraine mit ihren auf den Boden des Privateigentum stehenden Bauern am schlimmsten getroffen. Nach den Daten der sowjetischen Volkszählung verringerte sich die Zahl der Ukrainer zwischen 1926 und 1936 um etwa 3 Millionen, sprich 10 Prozent. Gleichzeitig stieg die Zahl der Russen um 27 Prozent. (Kappeler, 1994, S. 201) Die Schätzung der Hungertoten der Ukraine, des Wolga- und Uralgebietes sowie Kasachstan bewegen sich zwischen vier und zehn Millionen. (Beyrau, 2001, S. 120f.) Auch in den fruchtbaren Schwarzerde-Gebieten wütete 1931/32 der Hunger. (Kappeler, 1994, S. 202) Fitzpatrick schreibt, dass die unproduktiveren Nicht-Schwarzerde-Gebiete im Norden und Westen einen weniger harten Kampf um das Getreide auszufechten hatten und daher auch nicht von der Hungersnot getroffen wurden. (Fitzpatrick, 1994, S. 72)

Ob der Hunger nun von der Parteiführung bewusst als Waffe zur Unterwerfung der Bauern eingesetzt wurde oder nicht, sei ein Mal dahin gestellt. Wie schon im Bürgerkrieg 1918-1920 führte der Frontalangriff des Staates auf die Getreideproduzenten zu einer Hungersnot.

Auch Stalin äußerte sich indirekt zur Hungersnot. Im Februar 1933 erklärte er Stoßarbeitern der Kolchosen, dass die Schwierigkeiten der Kollektivbauern vergleichen mit den Entbehrungen der Arbeiter im Bürgerkrieg ein "Kinderspiel" seien, über das es sich nicht einmal ernstlich zu sprechen lohnt. (SW, 1950, Band 13, S. 218 f.)

Barbarei und "bäuerliches Proletariat"

Das Industrialisierungsmodell Stalins beinhaltete im wesentlichen die "Ausbeutung" der Bauernschaft durch die zwangsweise Aneignung des bäuerlichen Mehrproduktes durch den Staat zu niedrigen Getreidepreisen. Ein solches Modell konnte nur von einem repressiven Staat gegen die Gesellschaft durchgesetzt werden. Durch Konsumdrosselung, Senkung der Reallöhne und Militarisierung der Arbeit seit Mitte der 30er Jahre wurde auch die Arbeiterklasse zur Quelle der "sozialistischen Akkumulation".

Heiner schrieb, dass der Staat stark sein musste, "weil die Gesellschaft im Umbruch und die Gesellschaftsstruktur ungesichert war, die Arbeit zwangsweise organisiert werden musste und schließlich das Mehrprodukt der Bauern nur auf dem Boden außerökonomischer Gewalt erlangt werden konnte." (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 235)

Die "barbarischen" Züge des Staates in den 30er Jahren führte Heiner aber nicht auf diesen Zustand zurück, sondern auf die Veränderung der Klassenverhältnisse und der Partei. Da in den 30er Jahren ca. 12 Millionen Bauern in die Städte strömten, bekam die Arbeiterklasse einen neuen Charakter.

"Bedingt durch die bäuerliche Abkunft des neuen Massenproletariats und die Hereinnahme der Bauern in den Staat nahm die Diktatur des Proletariats bäuerlich-barbarische Züge an."(Schröder/Karuscheit, 1993, S. 285)

Stalin und sein Terror seien letztendlich nur Widerspiegelungen der gesellschaftlichen Verhältnisse. "Die Personen, die die sowjetische Politik historisch bestimmten, verkörperten individuell die unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte, an deren Spitze sie standen. *Lenin* repräsentierte die vergleichsweise kultivierte städtische Arbeiterklasse der Oktoberrevolution (...) *Stalin* repräsentierte die bäuerlich-barbarische Arbeiterklasse der Industrialisierung, die in aufopfernden Produktionsschlachten den Weg aus der Barbarei eröffnete". (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 286 f.)

Auch die Morde von Jack the Ripper oder die Symphonien Beethovens waren Widerspiegelungen gesellschaftlicher Verhältnisse. Erklärt wird mit diesem Verweis aber gar nichts. Das wirtschaftlich und kulturell entwickeltere Deutschland war unter dem Nationalsozialismus noch zu viel größeren Verbrechen in der Lage, als das rückständigere Russland. Mit dem bäuerlichen-kleinbürgerlichen Charakter der nationalsozialistischen Massenbewegung kann man den Holocaust nicht vollständig erklären, da meistens Intellektuelle die Planung und Organisation der Vernichtung übernahmen.

Lenin und Stalin verkörperten beide eine Schicht von Berufsrevolutionären, die schon seit Jahrzehnten dieser Beschäftigung nachgingen. Beide sahen sich als Vollstrecker der geschichtlichen Mission des Proletariats, konnten sich aber auch gegen die "real existierenden" Arbeiter stellen, wenn sie meinten, deren Forderungen entsprechen nicht den Interessen der Bewegung. Aus welchem Grund soll sich Stalin als Repräsentant des neuen Proletariats der 30er Jahre verstanden haben? Für ihn galten die nicht lupenreinen Proletarier als politisch unzuverlässig und mussten durch die harte Hand des Staates erst ein Mal zu Industriearbeitern umgemodelt werden. Was hat Stalin getan, um die Lage der neuen Arbeiter zu verbessern?

David Hoffman hat in seiner Studie über die neuen Arbeiter im Moskau der 30er Jahre gezeigt, dass es sich bei ihnen keinesfalls um eine "gesichtslose Masse" handelte. Um in der Stadt überleben zu können, riefen die Bauern ihre eigenen Selbsthilfeorganisationen ins Leben, die bei Arbeits- und Wohnungssuche halfen. Außerdem organisierten sie traditionelle dörfliche und religiöse Feste und behielten einen großen Teil der dörflichen Kultur bei. (Hoffmann, 1994, S. 218) Viele Neankömmlinge vom Dorf wohnten in den Außenbezirken Moskaus in Holzhütten und Sammelunterkünften. Außerhalb der Arbeit führten sie ein ähnliches Leben wie auf dem Dorf. Der Staat besaß überhaupt nicht die Ressourcen, den Hunderttausenden neuen Arbeitern Weiterbildung und kulturelle Umerziehung zu gewährleisten.

Als Unterprivilegierte standen die bäuerlichen Arbeiter eher außerhalb des Systems. Von der Sowjetpropaganda fühlten sie sich nur wenig angesprochen.

"Those workers who were promoted into positions of authority and privilege (the "Brezhnev generation") acquired a stake in the soviet system and a belief that it represented their interests; but for the vast majority of newly urbanized workers, the myths and ideals of Soviet ideology held little currency. The low-status jobs, incessant exhortations to fulfill the plan, incomprehensible cultural education, overcrowded barracks, and low living standard that made up their world did not correspond to official promises of a workers' utopia." (Hoffmann, 1994, S. 217)

Heiners These, dass die Ankunft dieser Massen im Staat dem System die "barbarischen" Züge gegeben hätte, kann man durch sein eigenes Buch widerlegen.

Der größte Terror, den das Regime veranstaltete, war die sogenannte "Vernichtung der Kulaken als Klasse". Millionen wurden deportiert, Hunderttausende erschossen. Als Kulak oder Kulakenhelfer konnte jeder Bauer abgestempelt werden, der sich gegen Getreiderequirierung oder Kollektivierung stellte. Diese Gewalt richtete sich *gegen* die Bauern, von denen auch Millionen vor den Folgen der Kollektivierung in die Städte flohen. (Viola, 1996, S. 99) Viele Bauern "entkulakisierten" sich auch selbst, indem sie ihren Besitz verließen, bevor sie der Staat dazu zwingen konnte. Der Anteil der Kolchosbauern in der Partei sank sogar von 18 Prozent (1933) auf 9 Prozent (1936). (Beyrau, 2001, S. 130) Auch diese Zahl verdeutlicht den Konflikt zwischen Bauern und Partei.

Vielleicht hält Heiner diese Politik nicht für "barbarisch", weil sie ja ausgeführt wurde, bevor das neue Proletariat Zugang zu Staat und Partei hatte.

Es war Stalin, der die "Große Säuberung" 1934 nach dem Mord an Kirow einleitete und zwar *bevor* die soziale Öffnung der Partei erfolgte. Heiner wies selbst darauf hin, dass es 1935/36 eine Aufnahmesperre gab, die erst im November 1936 wieder aufgehoben wurde, als die "Säuberung" ihren ersten Höhepunkt überschritten hatte. (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 230) Erst der 18. Parteitag 1939 hob alle sozialen Einschränkungen für die Aufnahme in die Partei auf. So stieg die Zahl der Bauern in der Partei von 11 Prozent (1938) auf 30 Prozent (1941). Wie viele Arbeiter, die gerade vom Dorf kamen, nach der Aufnahmesperre in die Partei aufgenommen wurden, ist mir unbekannt. Dass sie in so kurzer Zeit in leitende Positionen aufstiegen, halte ich für unwahrscheinlich.

Die ganze "Säuberung" wurde von oben eingeleitet und im Unterschied zur chinesischen Kulturrevolution (1966-1976) nicht von aufgebracht Massen durchgeführt, sondern vom staatlichen Repressionsapparat, vor allem vom Geheimdienst. Der "barbarische" Terror der "Großen Säuberung" hatte herzlich wenig mit dem "barbarischen Bauern-Proletariat" zu tun.

Selbst wenn viele neue Arbeiter Parteimitglieder wurden, hatten sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen der Parteitage, die nur noch Inszenierungen der

Macht waren. Auch wenn die neue Sowjetverfassung von 1936 fast allen Bürgern das Wahlrecht gab, so existierten keine demokratischen Wahlen.

Laut Heiner machte sich der Eintritt der Bauern und neuen Arbeiter ins politische Leben auch 1936 im konservativeren Familiengesetz und den Verboten von Abtreibung und Homosexualität deutlich. (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 224) Dann müssen die neuen Arbeiter, die damit voll beschäftigt waren, in den Städten zu überleben, wohl von außen auf die Partei einen solchen Druck ausgeübt haben, dass der Staat, der in der Lage war, ihre Arbeit mit Zwang zu organisieren, nachgeben musste.

Stalin "trieb die Entwicklung zum Sozialismus voran - und konnte dies nur mit den Mitteln tun, die die "real existierende Klasse" ihm vorgab." (Schröder/Karuscheit, 1993, S. 287) Gulag, GPU-Terror und Schauprozesse - das sollen die neuen Arbeiter Stalin vorgegeben haben?

Sicher wurde auch die KPdSU und die Sowjetunion von den russischen Traditionen, wie Personenkult, fehlender Rechtsstaat und mangelndes Demokratieverständnis u.s.w. geprägt. Der Leser der Romane von Gorki, Dostojewski oder Gogol bekommt vom russischen Dorf und der Kleinstadt schon einen sehr barbarischen Eindruck. Mit Trunksucht, Aberglauben, Kulturlosigkeit, Inzest oder Prügeleien des russischen Muschiks kann man aber den organisierten Massenmord durch einen modernen Staatsapparat an der sowjetischen Elite, Intelligenz und widerspenstigen Bauern nicht erklären.

Die "Große Säuberung" auf Befehl von oben

Gewalt gegen "Kulaken" durch die Dorfarmut mag noch Ausdruck von spontanem "Volkszorn" gewesen sein. Die "Große Säuberung" wurde aber auf Befehl von oben unter direkter Regie des Politbüros durchgeführt. Hier sollen nur einige Beispiele angeführt werden: Mit dem Befehl 00447 des Politbüros von Juli 1937 wurden für alle Regionen des Landes Planziffern für Liquidierungen zugewiesen. (Wehner, faz, 30.8.1997) Nach diesen Ziffern mussten die Regionen ihre Jagd auf die "Volksfeinde" veranstalten. Nach diesem Plan sollten 259.450 Menschen verhaftet werden.

Schon in den Schauprozessen Ende der 20er Jahre kümmerte sich Stalin persönlich darum, welche Geständnisse von den Angeklagten zu erreichen seien. (ebenda) Insgesamt sind heute 383 Listen bekannt, die Stalin 1937/38 in den Händen hielt. Sie verzeichneten 44.000 Funktionäre aus Partei, Staat und Wirtschaft, von denen 39.000 zur Erschießung bestimmt waren. (ebenda) Viele dieser Listen wurden von Stalin oder anderen Politbüromitglieder persönlich unterschrieben.

Besonders interessant ist es auch, dass nicht nur die sowjetische Elite hohe Opfer zu beklagen hatte. Mit dem Beschluss des Politbüros von vom 2.Juli 1937 wurden in der sogenannten Kulaken-Operation 670.000 Menschen verhaftet und mehr als 400.000 erschossen. (ebenda) Viele "Kulaken" waren ohne Erlaubnis

in die Städte gezogen oder in ihre Heimat zurückgekehrt. So schreibt Wehner, dass die Bauern Ende 1937 schon die Mehrheit in den NKDW-Gefängnisse stellten. Man warf ihnen vor, Sabotage zu betreiben. Diese Zahlen zeigen auch, wie wenig die kollektive Agrarordnung gesichert war, selbst nach dem Artel-Kompromiss, der den Bauern kleine Privatparzellen zubilligte.

Ich meine, die "barbarischen" Züge des politischen Systems der Sowjetunion hingen mit dem Akkumulationsmodell zusammen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte in den Bürgerkrieg und konnte nur mit Terror und "Kulakenvernichtung" durchgeführt werden. Nur mit staatlicher Gewalt konnte den Bauern das Getreide zu solch niedrigen Preisen abgenommen werden. So hatte die sowjetische Wirtschaft der Stalin-Zeit Züge eines Kriegskommunismus.

Den Massenmord an der sowjetischen Elite in Staat, Partei und Armee kann man damit wohl nicht ausreichend erklären. So ist die Frage nach dem Grund der "Großen Säuberung", die von Stalin und dem Politbüro eingeleitet wurde, noch nicht beantwortet.

Das Argument der Kriegsvorbereitung ist zweifelhaft, da durch die "Säuberung" Staat und Armee eher geschwächt wurden. Die deportierten Minderheiten und Nationalitäten sollten wahrscheinlich weitab von dem erwarteten Frontverlauf gebracht werden, damit sie die Invasoren nicht unterstützen konnten. Auch die These, den Terror als "Säuberung" der sowjetischen Erde von allem, was nicht in das Bild des neuen Sowjetmenschen passte zu verstehen, greift zu kurz. Viele Opfer waren ja gerade Kommunisten, die genau in dieses Idealbild passten.

Stalin als Lackmus-Test für die richtige Gesinnung?

Heiner verharmloste nicht den Terror der KPdSU und schob ihm den "barbarisch-bäuerlichem Proletariat" zu, sondern erklärte die Stalinfrage noch zum Lackmus-Test für die richtige kommunistische Gesinnung. (Kommunistische Presse?) Stalins großer Fehler sei die mangelnde theoretische Fundierung seiner Praxis gewesen. Marxisten, die Stalins Weg zum "Sozialismus" ablehnen, sind also entweder Opportunisten oder Linksradikale. In dieser Hinsicht steht Heiner in der alten ML-Tradition.

Die ML-Bewegung leugnete den "barbarischen Charakter" und die Verbrechen der KPdSU in den 30er Jahren. Heiner meint, es war schon schlimm, aber Schuld daran waren die Klassenverhältnisse und das "barbarische Bauernproletariat". Stalin vollstreckte als genialer Klassenpolitiker scheinbar die grausamen, aber unvermeidlichen Notwendigkeiten der Geschichte, um in Russland den Sozialismus aufzubauen.

Da ich an keinen geschichtlichen Determinismus glaube, hätte die Geschichte der Sowjetunion auch anderes verlaufen können - auch auf dem Boden der gleichen Klassenverhältnisse. Heiners Thesen sind zum Teil unbelegte oder

sogar falsche Ableitungen aus Fakten der bürgerlichen Wissenschaft. Aber abgesehen von dem Streit um die Fakten sollte man eines nicht übersehen: Wir haben einen unterschiedlichen Zugang, Geschichte marxistisch zu bewerten und zu analysieren.

Den Teich trocken legen, um die Fische zu fangen

Meine Gedanken zum Scheitern des russischen Sozialismus möchte ich hier nur kurz umreißen. Ich meine, gescheitert ist es, den Sozialismus *gegen* die Bauernschaft aufzubauen. Zwar gelang es, in einem Bürgerkrieg die "Kulaken" zu vernichten und die Kolchosen durchzusetzen. Doch nach dieser traumatischen Erfahrung standen viele Bauern den Kolchosen ablehnend gegenüber und besaßen bei den niedrigen Getreidepreisen kaum Arbeitsanreize. Sie verausgabten sich lieber auf den privaten Parzellen. Gegen Bummelei und Schlendrian halfen weder die Moralpredigten der Partei noch die Kampagnen zur Stärkung der Arbeitsmoral. Der Staat war weder in der Lage, die Arbeit der Bauern effektiv zu überwachen, noch ein wirkliches Leistungssystem durchzusetzen. In diesem Sinne war die Kollektivierung ein Papyrus-Sieg. Von der Abschachtung von Millionen Tieren erholte sich die sowjetische Viehwirtschaft erst nach Jahrzehnten.

Mit dem System der schweren "Ausbeutung" der Bauernschaft konnte zwar die Schwerindustrialisierung einen gewissen Zeitraum finanziert werden. Auf Dauer war dieses System für die Modernisierung Russlands ungeeignet. Mit der Kollektivierung wurde das ländliche Handwerk und Kleingewerbe zerstört. Durch die Armut der Bauern hatte die Leichtindustrie keinen großen nationalen Markt.

Mao Zedong kritisierte die sowjetische Agrarpolitik wiederholt und schrieb 1956 in der Schrift "Die zehn großen Beziehungen": "Die Sowjetunion hat mit ihren Maßnahmen die Bauern zu sehr geschröpft. Mit ihrer sogenannten Getreideablieferungspflicht und anderen Maßnahmen wird den Bauern zu viel weggenommen und zu wenig dafür bezahlt. Auf diese Weise Geldmittel zu akkumulieren, hat die Begeisterung der Bauern für die Produktion sehr gedämpft. Du willst, dass die Henne mehr Eier legt, willst sie aber nicht füttern (...) Angesichts der schweren Fehler der Sowjetunion in dieser Frage müssen wir noch sorgfältiger sein und die Beziehungen zwischen dem Staat und den Bauern gut regeln." (Mao Zedong, 1977, S.68) Leider zog Mao aus dieser richtigen Erkenntnis keine entscheidenden Schlüsse für die Praxis und verursachte mit seinem Frontalangriff auf die Getreideproduzenten 1958-1960 noch eine größere Hungersnot als Stalin.

Auch die Arbeiter waren nach den Opfern des 2. Weltkrieges nicht mehr bereit, Militarisierung der Arbeit und Reallohnsenkungen hinzunehmen. Nur die Stossarbeiter und die Traktoristen der staatlichen Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) seien noch bereit gewesen, das stalinsche Programm der Entbehrungen mitzutragen, so lautet eine von Heiners Ableitung, die auch

durch nichts belegt ist. Die materiellen Zugeständnisse an die Arbeiterklasse durch Chruschtschow betrachte ich als nachträgliche soziale Fundierung der rasanten Urbanisierung der 30er Jahre. Die neuen Arbeiter konnten schließlich nicht ewig in Massenunterkünften und Baracken der Vororte wohnen. Nach Stalins Tod reformierten seine Nachfolger das ökonomische System nicht grundlegend, obwohl die Bauernschaft von der Melkkuh zum Stein am Hals des Staates wurde.

Stalin und die KPdSU versuchten mit Hilfe der Staatsmacht, die sowjetische Gesellschaft in die Moderne zu prügeln. Nach der Kollektivierung, "Großen Säuberung" und 2. Weltkrieg lag die Gesellschaft so erschöpft am Boden, dass sie so schnell nicht mehr aufstehen sollte. Eine brachiale Industrialisierung in kurzer Zeit war gelungen, der Aufbau des Sozialismus auf lange Sicht gescheitert.

April 2004

Literatur

- Beyrau, Dietrich: Petrograd, 25. Oktober 1917 - Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus, München 2001
- Fitzpatrick, Sheila: Stalin's Peasants, New York 1994
- Hoffmann, David: Peasant Metropolis - Social Identities in Moscow 1929-1941, London 1994
- Kappeler, Andreas: Kleine Geschichte der Ukraine, München 1994
- Karuscheit, Heiner/Schröder, Alfred: Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus - Aufsätze über die Klassenverhältnisse an den Wendepunkten der russisch-sowjetischen Geschichte, Gelsenkirchen 1993
- Karuscheit, Heiner: Die Schlüsselkrise der 50er Jahre der Sowjetunion, in: AzD 67, 1999
- Mao Zedong: Band "V", 1977
- Medvedev, Zhores A.: Soviet Agriculture, London 1987
- Siebert, Diana: Bäuerliche Alltagsstrategien in der Belarussischen SSR (1921-1941), Stuttgart 1998
- Stalin, Josef: Gesammelte Werke, Berlin 1950 (zitiert als SW)
- Viola, Lynne: Peasant Rebels under Stalin, New York 1996
- Wehner, Markus: Bauernpolitik im proletarischen Staat, Köln 1998
- Wehner, Markus: Der Große Terror, faz 30.8.1997

Heiner Karuscheit

Die Klassen und die Grenzen der Macht. Eine Antwort auf Wagners Kritik an Stalin

Vorbemerkung

Der grundlegende Ansatz unseres Kreises zur Klärung geschichtlicher Fragen bestand bislang darin, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu untersuchen, um auf dieser Basis die Klassen, ihr konkretes Gesicht, ihre Entwicklung und ihr Aufeinanderwirken – mit einem Wort: die Klassenkräfte – zu begreifen, die ein bestimmtes politisches Verhalten hervorrufen. Dieses Herangehen haben wir sowohl im Hinblick auf Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung als auch im Hinblick auf die Oktoberrevolution praktiziert und dabei, so möchte ich behaupten, einige wichtige neue Erkenntnisse gewonnen. So ergab sich, dass der Niedergang der Sowjetunion so wenig durch den "Verrat" Chruschtschows verursacht war wie das Scheitern der Novemberrevolution durch den Verrat der Sozialdemokratie, sondern dass bestimmte Klassenkonstellationen, die von den damaligen Marxisten nicht oder unzureichend begriffen wurden, zu der jeweiligen Politik führten.

Gegenüber diesem Vorgehen ist Wagners Kritik ein Rückschritt. Früher ein Bewunderer Stalins, empört er sich heute über das in dem Buch "Von der Oktoberrevolution zum Bauernsozialismus" aus der Entwicklung der Verhältnisse gezogene Fazit, dass die Stalinsche Politik barbarische Züge trug, aber nichtsdestotrotz die Grundlagen des Sozialismus legte. Diese Aussage verdammt er als "zynische Verharmlosung der Verbrechen der KPdSU" und vertritt als politischen Kernpunkt seiner Kritik: "Ich meine, die Politik Stalins ab 1928 war der wesentliche Grund für das Scheitern des Sozialismus in der UdSSR. (...) Ich meine, die 'barbarischen' Züge des politischen Systems der Sowjetunion hingen mit dem Akkumulationsmodell zusammen. Die Kollektivierung der Landwirtschaft führte in den Bürgerkrieg und konnte nur mit Terror und 'Kulakenvernichtung' durchgeführt werden." Mit dieser "Meinung" reiht er sich in die Reihe der vielen Kritiker ein, die den Sündenfall der Bolschewisten im Abbruch der 1921 begonnenen Neuen Ökonomischen Politik (NÖP bzw. russisch NEP) und in dem damit verknüpften "Großen Sprung" der Kollektivierung und Industrialisierung sehen.

So wenig wie diese Kritiker entwickelt er aber, wieso die Klassenkonstellation am Ausgang der 20er Jahre die Fortführung der NEP auch in den 30er Jahren tragen konnte. Er schreibt zwar, dass seine Ausführungen sich neben dem Terror der 30er Jahre "auf die Kollektivierung der Landwirtschaft konzentrieren", und bezieht sich auf ganze "Berge" an neuer Literatur. Was diese Literatur jedoch zu der angesprochenen Schlüsselfrage hergibt, welche die *Basis seiner gesamten Ausführungen* bildet, erfahren wir von ihm nicht. Mit keinem Satz begründet er,

warum die NEP 1928/29 *nicht* am Ende war, sondern weiterhin die Grundlage der Wirtschaftsbeziehungen in der Sowjetunion bilden konnte. Darum bleibt uns nichts anderes übrig, als selber die Literatur darauf hin zu lesen, ob unsere seinerzeit getroffenen Aussagen durch neuere Forschungsergebnisse bestätigt werden oder nicht.

1. Das Ende der NEP - die Auflösung eines Gesellschaftsvertrags

Auch auf die Gefahr hin, Allgemeinplätze zu wiederholen, muss Ausgangspunkt aller Analysen der sowjetischen Entwicklung sein, dass die Bolschewiki in der Oktoberrevolution zwar die Staatsmacht erlangt hatten, diese Macht jedoch von der Duldung durch die Bauernschaft abhing. Das hatte sich in der Revolution selber gezeigt, denn die Übernahme der Regierung durch die Bolschewiki und die mit ihnen verbündeten Volkstümler war erst möglich gewesen, als die *bäuerlichen* Soldatenmassen auf ihre Seite überschwenkten. Und dasselbe zeigte sich 1921, als die Arbeitermacht nach einer Kette von Bauernaufständen an einem seidenen Faden hing und nur deswegen überlebte, weil die Bolschewiki vollständig auf die Forderungen der Bauern eingingen und zwischen Stadt und Land wieder Warenbeziehungen herstellten.

Die in diesem Jahr eingeleitete NEP war weit mehr als eine bestimmte Wirtschaftspolitik, sie war *der Gesellschaftsvertrag, auf dem der Arbeiterstaat ruhte*. Und zugleich war sie nicht mehr als ein durch den drohenden Untergang erzwungener Kompromiss sowohl zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft als auch zwischen den verschiedenen Flügeln innerhalb der bolschewistischen Partei. Lenin schrieb zwar einmal, dass durch die NEP der Sieg des Sozialismus in 10 bis 20 Jahren sichergestellt sei, aber einen realistischen Plan zum Aufbau des Sozialismus besaß er nicht, wenn man nicht die von ihm angestellten Überlegungen (mehr als einige Gedanken waren es nicht) zum Ausbau des Genossenschaftswesens auf dem Land, um das allmähliche "Hineinwachsen" der Bauern in den Sozialismus zu organisieren, dazu erklärt.

Für den linken Flügel der Partei mit Trotzki an der Spitze war die NEP von Anfang an keine dauerhafte Perspektive. Trotzki hielt im Kern an der von Marx und Engels verfochtenen Revolutionsstrategie der Machteroberung im kapitalistisch entwickelten Westen fest und vertrat, dass der Sozialismus in Russland nur im Gleichklang mit der internationalen Revolution errichtet werden könne. Folgerichtig setzte er seine Hauptbemühungen auf die Organisierung dieser Revolution, zur damaligen Zeit insbesondere in Deutschland, das allseits als nächster Revolutionskandidat angesehen wurde.

Trotzki war es auch, der den Begriff der Scherenkrise propagierte, um das Grundübel der NEP zu charakterisieren: die russische Industrie war nicht in der Lage, genügend Waren für die Bauernschaft zu produzieren. Die Bauern hatten daher keinen Grund, mehr als notwendig an Getreide zu verkaufen, weil sie mit dem Geld, das sie dafür erhielten, keine Waren kaufen konnten. Umgekehrt gab

es für die Staatsmacht jedes Jahr nach der Ernte dieselbe Zitterpartie, bis klar war, ob man genügend Getreide bekommen hatte, um die Städte zu ernähren und einen Teil ins Ausland zu verkaufen, damit man für die erworbenen Devisen Maschinerie erwerben konnte (Kredite wurden dem revolutionären Russland nicht gewährt). Ohne diese Maschinen konnte die Produktion nicht gesteigert werden, hatten die Bauern mangels Waren weiterhin keinen Grund zu verkaufen usw. usf.

Vor allem war offen, wie die Mittel akkumuliert werden sollten, um neben dem Ausbau der "normalen" Produktion so schnell wie möglich die schwerindustrielle Basis zu schaffen, die für eine *umfassende* Entwicklung der Industrieproduktion erforderlich war. Schließlich dauerte es viele Jahre von der Erschließung neuer Kohlezechen und Erzminen plus dem Aufbau von Stahlwerken, bevor der erste Stahl geliefert werden konnte.

Deswegen hatte Trotzki's Position vieles für sich - bis auf die Tatsache, dass die Weltrevolution ausblieb. Nachdem die revolutionäre Nachkriegswelle in Europa 1923 definitiv abgeflaut und auch in Deutschland kein Umsturz erfolgt war, sondern eine Phase der relativen Stabilisierung einsetzte, war Trotzki mit seiner Revolutionsstrategie am Ende. 1924 schloss sich eine Mehrheit in der bolschewistischen Partei Stalins Position an, den "Sozialismus in einem Land" aufzubauen. Ihnen war der sowjetrussische Spatz in der Hand lieber als die weltrevolutionäre Taube auf dem Dach.

1927 verabschiedete der 15. Parteitag die Richtlinien für den ersten Fünfjahresplan, der die ersten Schritte zum Aufbau des Sozialismus realisieren sollte. Kaum waren die Richtlinien jedoch abgesegnet, da zeigte sich Ende des Jahres, dass die staatlichen Großhandelsorganisationen nicht genügend Getreide hatten ankaufen können, um die städtische Bevölkerung zu ernähren, geschweige denn Auslandsverkäufe zu tätigen, obwohl die Ernte gut ausgefallen war. Angesichts des drohenden Hungers blieb nichts anderes übrig, als im Winter 1927/28 schnellstmöglich Getreide zu requirieren, d.h., zwangsweise aufzukaufen. Gleichzeitig wurden die Lebensmittel in den Städten rationiert. Als vor der neuen Ernte des Sommers 1928 das eingesammelte Getreide erneut zu Ende ging, kaufte die Regierung sogar Getreide im Ausland, um die Städte zu versorgen¹.

Während der Getreide-Ankaufperiode 1927 waren die staatlichen Festpreise leicht gesenkt worden, weil alle Fachleute davon ausgingen, dass es wegen der guten Ernte ein Überangebot an Getreide gab. Daher konnte man meinen, dass der Staat die Versorgungsknappheit selber verursacht hatte. Das Jahr 1928 zeigte jedoch, dass das Problem tiefer lag. Vor der diesjährigen Ernte beschloss das ZK nämlich im Juli, die staatlichen Ankaufpreise für Getreide je nach Getreidesorte und Region um 10-20 % zu erhöhen, d.h. die Preissenkung des Vorjahrs rückgängig zu machen, teils sogar darüber hinaus zu gehen. Auf derselben ZK-Sitzung wurde zur Beruhigung der Bauern bestätigt, dass die NEP Grundlage

¹ Hildermeier 1998, S.383

der sowjetischen Wirtschaftspolitik bleiben würde. Am Ende des Jahres stand die Staatsmacht jedoch wieder vor derselben Situation. Trotz höherer Preise verkauften die Bauern nicht genug Getreide - warum auch? Geld besaßen sie (jedenfalls ihre bessergestellten Teile, insbesondere die sogenannten Kulaken, die das meiste Überschussgetreide besaßen) noch genügend aus den Vorjahren, aber zu kaufen gab es nichts dafür. Außerdem entwertete sich der Rubel schleichend, weil zu viel Geld im Verhältnis zu den produzierten Waren im Umlauf war. Etwas Geld brauchte man, um die Steuern zu zahlen, aber was sollte man darüber hinaus mit den Rubelscheinen anfangen?

Um die trotz Lebensmittelrationierung erneut drohende Hungersnot in den Städten zu verhindern, verlangten Bucharin und Rykow, wieder Getreide zu importieren. "Das hätte bedeutet, erhebliche Devisenmittel auszugeben, die für den Kauf von Industrieausrüstungen vorgesehen waren. Dass ein Agrarland, ein Bauernland Getreide importieren sollte – diese offensichtlich paradoxe Tatsache war der Beweis dafür, dass die 'traditionelle' NEP nicht mehr funktionierte."² Die von Bucharin und Rykow vorgeschlagene Lösung hätte eine Kapitulation vor der Bauernschaft bedeutet. Sie war vor allem politisch nicht durchsetzbar, denn *die soziale Basis der Kommunisten, die revolutionserfahrene und selbstbewusste russische Arbeiterschaft, war nicht länger bereit, ihr Schicksal und die Zukunft der Revolution der Bauernschaft zu überlassen.*

Nicht nur der bolschewistischen Partei, auch den Arbeitern war es 1921 schwer gefallen, den Übergang zur NEP zu akzeptieren.³ Je länger die NEP aber dauerte, desto tiefer wurden ihre Widersprüche. So wenig die staatskapitalistische Industrie den Warenhunger der Bauernschaft befriedigen konnte, so wenig konnte sie die wachsende Arbeitsbevölkerung beschäftigen. Die Arbeitslosigkeit stieg von 160.000 im Jahr 1922 auf 1,47 Millionen Arbeiter im April des Jahres 1927, verzehnfachte sich also nahezu. In Moskau, neben Petersburg/Leningrad dem zweiten industriellen Zentrum des Landes, lag die Arbeitslosenrate 1927 bei 20 %.⁴ Gleichzeitig standen Millionen bäuerlicher Arbeitskräfte vor den Toren der Städte, denn angesichts der Bevölkerungszunahme hatten immer mehr Bauern Schwierigkeiten, sich und die Kinder von ihren kleinen Landstücken zu ernähren. Die mächtigen Gewerkschaften hatten bereits Zuzugsbeschränkungen in die Städte durchgesetzt, um den wachsenden Druck auf die Löhne "von unten", durch die arbeitssuchenden Armen, zu verhindern. Geholfen hatte es wenig, denn die Elendsviertel in den Vorstädten wucherten weiter, gleich ob legal oder illegal, und mit ihnen nahmen Bettelei, Prostitution und Korruption zu,

² Gennadi Bordjugow, Wladimir Koslow: Die Wende des Jahres 1929 und die Alternative Bucharins; in: INITIAL 1/90, S. 88

³ Die Erfahrung, dass die NEP bei den Arbeitermassen unbeliebt war, bildet den rationalen, klassenmäßigen Kern der seinerzeitigen Polemiken Trotzki gegen Stalin als Verantwortlichen für den russischen "Thermidor", in denen er unterstellte, dass Stalin die NEP-Politik im Interesse des Kulakentums gegen die Arbeiterschaft durchsetzen würde, notfalls sogar mit militärischen Mitteln. Mehrere Jahre lang stand diese Position im Zentrum von Trotzki Auseinandersetzung mit Stalin. Als sie durch die Kollektivierung und die Vernichtung des Kulakentums ad absurdum geführt wurde, zog Trotzki sich auf die Kritik der klassenlosen, reinen Bürokratie übrig, deren Inkarnation jetzt wiederum Stalin war.

⁴ Hildermeier 2001, S. 29

während gleichzeitig die städtischen NEP-Profiteure, die "Fratzen der NÖP", ihren wachsenden Reichtum zur Schau stellten. Je länger die NEP dauerte, desto mehr zerfiel die Gesellschaft - wie bei jeder Agrargesellschaft, in welcher ein keimender Kapitalismus die hergebrachten Verhältnisse zersetzt, heute im Riesenmaßstab zu studieren am Beispiel Chinas.

Angesichts dieser Entwicklung hatten sich Sinowjew und Kamenew 1925 den Positionen Trotzkiis angenähert, und seit dem Frühsommer 1926 attackierte die "Vereinigte Opposition" gemeinsam die Fortsetzung der NEP und deren Hauptträger, Bucharin und Stalin. Bis dato hatten sie für ihre Politik gegen die NEP keine Mehrheiten gefunden, sondern waren aufgrund ihrer Fraktionsbildung im Dezember 1927 aus der Partei ausgeschlossen worden. Aber jetzt kam das Jahr 1928 und insbesondere der Winter 1928/29. Obwohl man den Bauern mehr Geld geboten hatte, hielten sie das Getreide zurück. Während in den Städten die Lebensmittel rationiert wurden und sich vor den staatlichen Brotläden immer längere Schlangen bildeten, blühten die "schwarzen" Märkte, auf denen Brot und Lebensmittel im Überfluss angeboten wurden, allerdings zu horrenden Preisen. Und da sollte man die knappen Devisen statt für neue Maschinen für Getreidekäufe im Ausland ausgeben, also den industriellen Aufbau auf den St.Nimmerleinstag verschieben? Hatten die Arbeiter dafür die Oktoberrevolution gemacht und einen jahrelangen Bürgerkrieg durchgestanden, um sich jetzt endgültig den Kulaken auszuliefern? Auch wenn Bucharin nicht müde wurde, die Fortsetzung der NEP als das Vermächtnis Lenins zu verkünden (womit er nicht unrecht hatte), schmolz die Schar seiner Anhänger in Arbeiterklasse und Partei unaufhaltsam dahin.

"Die Unzufriedenheit mit der NÖP breitete sich unter den Arbeitern aus. Viele von ihnen waren psychologisch bereits auf deren Demontage eingestellt. Bereits 1925 hatten Arbeiter dazu aufgerufen, 'irgendeine Zickzackbewegung' auszudenken, damit man schneller an das 'ersehnte Ziel' gelangt. (...) Als sich 1927 die sozialen Probleme verschärften, Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung auftraten, als 1928 die Lebensmittelrationierung eingeführt wurde, verband den Industriearbeiter nichts mehr mit der 'traditionellen' NÖP. Die 'Fratzen der NÖP', die Arbeitslosigkeit und soziale Erscheinungen wie Bettelei, Prostitution und Trunksucht wurden jetzt gänzlich unannehmbar."⁵ Die zitierten Autoren sind keine Parteigänger Stalins, können aber nicht umhin, als aufgrund der untersuchten Fakten zu der Schlussfolgerung zu gelangen, dass "das Sprengen" der alten NÖP unausweichlich war. Der Klassenkompromiss zwischen Arbeitern und Bauern fiel in sich zusammen, weil seine "Geschäftsgrundlage", der Gesellschaftsvertrag von 1921, sich mangels Getreideverkäufe durch die Bauern auflöste.

⁵ Gennadi Bordjugow, Wladimir Koslow: Die Wende des Jahres 1929 und die Alternative Bucharins; in: INITIAL 1/90, S. 85 f

2. Zur neueren Diskussion um die NEP

In der westlichen Forschung wird das Urteil über die NEP von Robert W. Davies bestimmt, "dessen Meinung gegenwärtig die größte Autorität in Anspruch nehmen darf."⁶ Davies selber räumt ein, dass die NEP nicht in der Lage war, die industriellen Wachstumsraten der 30er Jahre zu erzielen, hält ihre Potenzen am Ausgang der 20er Jahre aber noch nicht für erschöpft. Zu den wachsenden *sozialen* Widersprüchen äußert er sich so wenig wie Wagner.

In den letzten Jahren ist die Debatte über die NEP vor allem in Russland geführt worden. Den Anstoß dafür gab die Regierungszeit Gorbatschows, als darüber gestritten wurde, ob es eine historische Alternative zur Stalinschen Politik gab. Die meisten Diskussionsteilnehmer betrachteten seinerzeit den "großen Sprung" Ausgang der 20er Jahre als Sündenfall des Stalinismus, so wie Wagner das ebenfalls tut. Damals (1987/88) vertrat der Publizist I. Kljamkin entgegen der Mehrheitsmeinung die Auffassung, "dass die NEP unausweichlich scheitern und Stalins Weg zum Sozialismus beschritten werden musste, da der Mechanismus der Neuen Ökonomischen Politik die für die Industrialisierung notwendigen Investitionsmittel nicht habe abwerfen können ... Als noch die Mehrzahl der sowjetrussischen Intellektuellen von den zwanziger Jahren und der Bucharinschen Alternative schwärmte, fand Kljamkin keine Zustimmung. In den neunziger Jahren wurde seine *Einschätzung von den Wirtschaftshistorikern bestätigt*."⁷ Was der Historiker Hösler über den heutigen Diskussionsstand der Wirtschaftshistoriker in Russland berichtet, sollte einem zumindest zu denken geben, wenn man sich wie Wagner auf die neue Literatur beruft.

Aber unser Kritiker hat eine andere Sicht, um das Scheitern des Sozialismus in Russland zu erklären: "Lenin und Stalin verkörperten eine Schicht von Berufsrevolutionären, die schon seit Jahrzehnten dieser Beschäftigung nachgingen. Beide sahen sich als Vollstrecker der geschichtlichen Mission des Proletariats, konnten sich aber auch gegen die 'real existierenden' Arbeiter stellen, wenn sie meinten, deren Forderungen entsprechen nicht den Interessen der Bewegung." Er will damit sagen, dass Lenin wie Stalin Doktrinäre waren, die als "jahrzehntelange Berufsrevolutionäre" den Kontakt mit dem wirklichen Leben verloren hatten. Aus dieser Sicht befahl Stalin den Abbruch der NEP willkürlich im Auftrag "der geschichtlichen Mission des Proletariats" - deutlicher gesagt, als Welterlösungsfanatiker. Diese Erklärung besagt viel über ihren Urheber, um so weniger aber über das revolutionäre Russland jener Zeit.

Warum wohl verteidigte Stalin die NEP noch bis in das Jahr 1928 hinein und bezeichnete das Gerede von ihrem bevorstehenden Ende als "konterrevolutionäres Geschwätz"?⁸ Plädierte er als "advocatus diaboli" gegen seine eigene Überzeugung, um Bucharin als Hauptvertreter der NEP in die Falle zu locken? Oder

⁶ Hildermeier 1998 (Geschichte), S. 116

⁷ Joachim Hösler, Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus; in: Plaggenborg, S. 61; Hervorhebung von mir; H.K.

⁸ Stalin: Die ersten Ergebnisse der Beschaffungskampagne und die weiteren Aufgaben der NEP, Februar 1928; in: SW 11, S. 14

warum schlugen die Mehrheiten im ZK von 1928 auf 1929 um, nachdem dasselbe ZK noch im Sommer 1928 die Erhöhung der Ankaufpreise für Getreide beschlossen hatte? Wurden die ZK-Mitglieder von Stalin mit Hilfe der Geheimpolizei unter Druck gesetzt, damit sie die Kollektivierung beschlossen und Bucharin als "Rechten" verurteilten? Alle diese "Erklärungen" und noch weitere Verschwörungstheorien finden sich in gängigen Publikationen über den "Stalinismus", weil man nicht wahrhaben will, dass die NEP Ende der 20er Jahre am Ende war.

Wer sich mit den konkreten Ereignissen der Jahre 1927-1930 befasst und vor allem die zugrunde liegende Klassenbewegung nachvollzieht, muss zu der Schlussfolgerung gelangen, dass der Abbruch der NEP keineswegs aus freiem Entschluss erfolgte, vor allem nicht aufgrund der Ränke Stalins. Ihre Fortsetzung wäre nur *gegen die Arbeiterklasse* möglich gewesen. Die Revolution von 1929/30 wurde so wenig wie irgendeine Revolution "gemacht", weil das Politbüro es so beschlossen hatte, sondern weil die Arbeiterklasse nicht mehr so weitermachen wollte wie bisher. Die "zweite Revolution" war ein neuer revolutionärer Aufbruch der Massen. Hätte Stalin sich nicht an seine Spitze gesetzt, hätte ein anderer dies getan.

Der Frontalangriff auf die Bauern war eine Flucht nach vorn, ein Abenteuer mit höchst ungewissem Ausgang. Zwar wurde die Modernisierung "von oben", durch den Staat, organisiert, aber getragen wurde sie "von unten". "Fragt man nach dem Rückhalt der stalinistischen Herrschaft in der sowjetischen Gesellschaft, führt kein Weg an der Arbeiterschaft vorbei. Sie war es, die durch ihre Unterstützung oder zumindest Duldung des Regimes dessen Etablierung und Fortbestehen möglich machte. Gegen den geschlossenen Protest der Arbeiterschaft hätte Stalin, allein gestützt auf den Unterdrückungs- und Terrorapparat, seine Politik schwerlich verwirklichen können."⁹ In den kommenden Jahren mussten die Arbeiter gewaltige Entbehrungen auf sich nehmen. Der Durchschnittslohn ging zurück, die Versorgung mit Lebensmitteln stockte, der ohnehin knappe Wohnraum wurde noch knapper, die Währung wurde entwertet und der Lebensstandard sank insgesamt ab. Aber die Arbeiter nahmen alle Opfer auf sich, weil sie nach den Erfahrungen der NEP-Jahre ein für allemal Schluss machen wollten mit der Abhängigkeit vom Bauern und entschlossen waren, zum Sozialismus voran zu gehen.

Da die Theorie einer willkürlichen Beendigung der NEP durch Stalin auf tönernen Füßen steht, führt die Logik der Dinge stattdessen hinter die NEP zurück zu einer anderen Konsequenz, nämlich der Infragestellung der Oktoberrevolution. Diesen Weg ist die russische Sozialismusdebatte nach Gorbatschow gegangen. "Postsozialistische Ökonomen stimmen in der Sache Gerschenkron und anderen zu, wenn sie der NEP von Anfang an wenig Chancen einräumen. Der Feh-

⁹ Dietmar Neutatz: Zwischen Enthusiasmus und politischer Kontrolle. Die Arbeiter und das Regime am Beispiel von Metrostroj; in: Plaggenborg, S. 185

ler lag in der bolschewistischen Revolution selber, nicht im Abbruch der NEP."¹⁰ Wagner vertritt diese Auffassung (noch?) nicht. Aber seine Meinung, dass nicht erst Stalin, sondern schon Lenin sich nach jahrzehntelanger berufs-revolutionärer Tätigkeit als Vollstrecker eines geschichtlichen Gesetzes fühlte, ist der erste Schritt dorthin.

3. Die wirtschaftspolitische Grundlinie Stalins

Bereits im März 1930, also wenige Monate nach dem endgültigen Beschluss des ZK, die Kollektivierung durchzuführen und das Kulakentum als Klasse zu vernichten, erschien ein Artikel Stalins: "Vor Erfolgen von Schwindel befallen", einen Monat später in ausführlicherer Form eine "Antwort an die Genossen Kollektivbauern." Beide hatten denselben Inhalt. Sie verurteilten aufs heftigste die weit verbreiteten Versuche, aus den bisherigen ländlichen Produktionsverhältnissen mit einem Satz in eine kommunistische Produktionsweise hinein zu springen, in dem landwirtschaftliche Kommunen gegründet wurden, in welchen über den Getreideanbau hinaus auch die Wohnhäuser der Bauern, ihr Hofland mit-samt der dort stehenden Kuh, das Kleinvieh etc. "vergesellschaftet" wurden.

Ganzen "Abteilungen" der Partei warf Stalin "linke Überspitzungen" vor, weil sie bei der Kollektivierung den Grundsatz der Freiwilligkeit missachteten, sich nicht an die vorgesehenen Zeitstufen für die Kollektivierung (je nach regionaler Wirtschaftsform und Kulturstufe) hielten, eine utopische Kommunismus-politik praktizierten und dadurch das Scheitern der Kollektivierung provozierten.¹¹ Stattdessen forderte er, den Kolchos in der sog. "Artel"form zu festigen, wobei die Getreideproduktion *genossenschaftlich* stattfand (nicht gesellschaftlich!), bei fortdauerndem Privatbesitz an Haus, Hofland, einer eigenen Kuh und Kleinvieh.

Die von ihm verfochtene, gemäßigte Linie hatte an der "Basis" der Partei jedoch offenkundig Schwierigkeiten, sich durchzusetzen, denn erst 1931 war es so weit. "Die Archivadokumente ... geben Anlass anzunehmen, dass der relative Rückzug im Jahr 1931 maßgeblich auf Initiative Stalins erfolgte."¹² Als Gegengewicht zur Verteilung von Lebensmitteln auf Bezugskarten beschloss das Politbüro 1931/32 eine Stärkung des Handels. "Handel und Ware-Geld-Beziehungen, im Jahre 1930 oft noch als Relikte der Vergangenheit bezeichnet, die unter dem Druck des direkten Produktaustausches verschwanden, wurden auf diese Weise politisch rehabilitiert."¹³

Die Politik der Staatspartei fand ihre Grenze in der Verfügung über das Getreide, die man 1929/30 erlangt hatte. Zwar stieg die erzeugte Erntemenge pro Flächeneinheit in den Produktionsgenossenschaften nicht an (ein Grundproblem der sowjetischen Agrarproduktion), nur erhielt der Arbeiterstaat statt zuvor 12 %

¹⁰ Hildermeier 2001, S.116

¹¹ SW 12, S. 168 ff, 177 ff

¹² Chlewnjuk, S. 104

¹³ Chlewnjuk, S. 105

jetzt ca. 40 % der Getreideernte und konnte durch diese Aneignung des bäuerlichen Mehrprodukts die Ernährung der industriellen Bevölkerung sichern. Davon konnte man nicht mehr abgehen, aber jenseits dieser Grenze gab es auf Betreiben Stalins eine Art Neuauflage der NEP. "Im Frühjahr und Sommer 1932 setzte sich die Politik, die auch als 'Neo-Nöp' bezeichnet wird, offensichtlich durch. Es folgten nacheinander Verordnungen über die Unzulässigkeit, private Haus- und Hofwirtschaften der Bauern zu beseitigen, über die Rückführung des für die Gemeinschaftsfarmen beschlagnahmten Viehs, über die Einhaltung der Gesetze und die Unterbindung willkürlicher Akte von Staatsbeamten in den Dörfern."¹⁴ In der Folgezeit wurden außerdem die Politabteilungen der MTS (Maschinen-Traktor-Stationen der Kolchosen) liquidiert, verbunden mit dem Zugeständnis, die privaten Haus- und Hofwirtschaften der Bauern zu vergrößern.¹⁵

Die Neo-NEP gegenüber den Bauern fand ihre Parallele in der ökonomischen Politik gegenüber der sprunghaft wachsenden Arbeiterschaft. Anlässlich einer Kampagne gegen die massenhafte Fluktuation der Arbeitskräfte, die eine geregelte Produktion fast unmöglich machte, wandte sich Stalin gegen die "linkslerische" Gleichmacherei, die er als Hauptursache für den dauernden Arbeitsplatzwechsel bezeichnete. "In einer Reihe unserer Betriebe sind die Tarifsätze so festgesetzt, dass der Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, zwischen schwerer und leichter Arbeit fast verschwindet." Er forderte, man müsse "die Gleichmacherei abschaffen und das alte Tarifsystem zerschlagen (...), ein Tarifsystem schaffen, das dem Unterschied zwischen qualifizierter und unqualifizierter Arbeit, zwischen schwerer und leichter Arbeit Rechnung trägt."¹⁶

Das neue Tarifsystem umfasste acht Lohnstufen, und ein hochqualifizierter Arbeiter konnte das Drei- bis Vierfache des Lohnes eines einfachen Arbeiters in der gleichen Branche verdienen. Außerdem wurde die Entlohnung, wo immer möglich, vom Zeitlohn auf den leistungsabhängigen Stücklohn umgestellt. "Am unauffälligsten vollzog sich die weitere Umstellung auf den Stücklohn, da er am deutlichsten in der Kontinuität der Ideale auch der NEP, von Taylorismus und NOT stand."¹⁷ Die Spitze dieser Politik bildete die Stachanow-Bewegung zur Forcierung der Akkordarbeit und des Leistungsprinzips; sie stieß zeit ihres Daseins auf Widerstand in den Belegschaften.

Neben der "gleichmacherischen" Lohngestaltung prangerte Stalin die Tatsache an, dass viele Wirtschaftsorganisationen keine betriebswirtschaftliche Kalkulation praktizierten, und forderte, man müsse "das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung einbürgern und festigen, die Akkumulation innerhalb der Industrie verstärken".¹⁸ Er wandte sich gegen alle Versuche von Partei und Staats-

¹⁴ Chlewnjuk, S. 90

¹⁵ Chlewnjuk, S. 146

¹⁶ Stalin: Neue Verhältnisse - neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus. Rede auf der Beratung der Wirtschaftler, 23. Juni 1931; SW 13, S. 51, 52

¹⁷ Hildermeier, 1998, S. 420

¹⁸ SW 13, S. 68

polizei, sich in den Wirtschaftsaufbau einzumischen, und sprach sich gegen die politische Kontrolle der Betriebsleitungen durch die örtlichen Parteiorganisationen aus.¹⁹

Der zweite Fünfjahrplan (1933-1937) vertiefte die Orientierung auf eine rationale Wirtschaftsplanung, betriebswirtschaftliche Rentabilität und die Leistungsförderung. Er war "vor allem von zahlreichen Experimenten und 'Reformen' geprägt, die darauf ausgerichtet waren, die wirtschaftliche Selbständigkeit zu vergrößern und den materiellen Anreiz der Arbeit zu vergrößern. In dieser Zeit wurde die Theorie eines direkten Produktaustausches endgültig als 'linkssektiererisch' gebrandmarkt und dafür um so mehr die Rolle des Geldes, der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Stabilität des Rubels betont."²⁰

Wir wollen es mit diesen Zitaten aus der "neueren Literatur" über die von Stalin in der Vorkriegszeit verfochtene Wirtschaftspolitik belassen. Oleg Chlewnjuk, auf dessen Veröffentlichung über "Das Politbüro" wir uns hier beziehen, hat die Sitzungsprotokolle und andere Materialien der Tagungen des Politbüros ausgewertet. Er gibt die Beschlüsse zur Wirtschaftspolitik ohne jeden Zusammenhang wieder. Aber auch wenn er ihren roten Faden nicht zu erkennen vermag und sich als entschiedener Gegner Stalins regelmäßig erstaunt über ihren Inhalt zeigt, so ist er doch so objektiv, sie überhaupt zur Kenntnis zu geben.

Die Beschlüsse bestätigen, was sich auch aus der Lektüre der Reden und Schriften Stalins ergibt: Stalin war nicht nur bis 1928 ein Verteidiger der NEP, sondern trat ebenso in den 30er Jahren, nach dem Durchbruch zur Industrialisierung und Kollektivierung, für eine Politik der materiellen Anreize, für eine "Neo-NÖP" ein, und zwar immer wieder in Auseinandersetzung mit "linken" Positionen, die einer Beendigung der Warenproduktion, der Abschaffung des Geldes und einer Einebnung der Lohnunterschiede das Wort redeten.

Unterbrochen wurde diese Politik erst durch den herannahenden Krieg, der den dritten Fünfjahrplan (1937-1942) vor die Aufgabe stellte, von Friedens- auf Kriegsproduktion umzustellen. Kaum waren der Krieg und die kriegsbedingte Rekonstruktionsperiode jedoch beendet, knüpfte Stalin wieder an seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Vorkriegszeit an. In der 1952 veröffentlichten Schrift über "Ökonomische Probleme des Sozialismus", einer Sammlung verschiedener Artikel, kritisierte er unter anderem, "dass unsere Wirtschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen, die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht kennen" und statt mit eindeutigen Ziffern mit schätzungsweisen Angaben, bloßen Meinungen etc. operierten. Um "die Selbstkosten der Produktion zu senken, die wirtschaftliche Rechnungsführung zu verwirklichen und die Rentabilität der Betriebe zu erzielen", verlangte er die strikte Beachtung des Wertgesetzes in der Produktion.²¹ Der überwiegende Inhalt der Schrift ist ein Plädoyer für die Aner-

¹⁹ Chlewnjuk, S. 104-108

²⁰ Chlewnjuk, S. 145 f

²¹ Stalin: Ökonomische Probleme, S. 21

kennung des Wertgesetzes, für betriebswirtschaftliche Rentabilität und die Durchsetzung des Leistungsprinzips.

Die zu jener Zeit geführte Debatte über den bevorstehenden Kommunismus wies er kategorisch zurück. Die für den Übergang angegebenen Kriterien nannte er "kindisch einfach" und wies darauf hin, dass bis zum Kommunismus nicht nur die vorhandenen Eigentumsformen geändert werden müssten, sondern vor allem auch die Haltung zur Arbeit. Die Gesellschaft müsse noch "eine Reihe von Etappen der ökonomischen und kulturellen Umerziehung ... durchlaufen", bevor "die Arbeit aus einem lediglich dem Lebensunterhalt dienenden Mittel ... zum ersten Lebensbedürfnis" geworden sei und man von einer Verteilung der Konsumtionsmittel "nach der Leistung" zur Verteilung "nach den Bedürfnissen" übergehen könne.²² Gegen das offenbar tief verwurzelte kommunistische Wunschdenken betonte er, dass "Warenproduktion und Warenumlauf bei uns gegenwärtig eine ebensolche Notwendigkeit (sind), wie sie es beispielsweise vor dreißig Jahren waren, als Lenin die Notwendigkeit der allseitigen Entfaltung des Warenumlaufs verkündete."²³

Die Berufung auf die Neue Ökonomische Politik der 20er Jahre ein Jahr vor seinem Tod dokumentiert noch einmal *die von Stalin vertretene wirtschaftspolitische Grundlinie der Anerkennung des Leistungsprinzips, der Warenproduktion und des Wertgesetzes (innerhalb bestimmter Grenzen), die weder Kolja Wagner noch einer der anderen zahllosen Stalin-Kritiker begriffen haben*. Abgesehen von den kriegsbedingten Anforderungen hat Stalin diese Grundlinie nur ein einziges Mal durchbrochen, nämlich anlässlich des "Großen Sprungs", um anschließend auf neuer Ebene wieder daran anzuknüpfen.

4. Politische Mobilisierung und außerökonomische Gewalt

Wie die meisten führenden Parteimitglieder war Stalin der Auffassung, dass die Sowjetunion die "50 bis 100 Jahre", die sie hinter den fortgeschrittenen Ländern zurückgeblieben sei, angesichts der internationalen Isolierung und Bedrohung in zehn Jahren durchlaufen müsse - "oder wir werden zermalmt."²⁴ Wie die Geschichte gezeigt hat, war diese Einschätzung richtig.

Bis zum neuen Weltkrieg hatte die Sowjetunion im Volumen der Industrieproduktion Deutschland, Großbritannien und Frankreich überholt und nahm den zweiten Platz hinter den USA ein. Im Zuge der beschleunigten Industrialisierung verdoppelte sich allein von 1928 bis 1932 die Zahl der Beschäftigten in Industrie und Verwaltung von unter 13 auf mehr als 24 Millionen, um bis Anfang der 40er Jahre auf über 30 Millionen zu steigen. Die neuen Bauern-Arbeiter, die binnen weniger Jahre die Mehrzahl der Beschäftigten in den Fabriken und Minen stellten, waren in der Kürze der Zeit nicht ausschließlich durch eine "normale"

²² Stalin: Ökonomische Probleme, S. 67

²³ Stalin: Ökonomische Probleme, S. 17

²⁴ Februar 1931, SW 13, S. 36; ähnlich schon Novemberplenium des ZK 1928; SW 11, S. 220

Tarifpolitik an die industrielle Produktionsweise zu gewöhnen. Hinzu traten politische Mobilisierung und die Anwendung außerökonomischer Gewalt.

Politisch hoch motiviert waren insbesondere die jungen Arbeiter. Sie hatten an vorderster Front zum Aufbruch in die "zweite" Revolution gedrängt und stellten die Stoßtrupps, die durch praktisches Vorbild und Agitation die Masse der Arbeiter mitrissen. Am Beispiel der Metrobaustelle in Moskau (erste Baufolge 1931-1935) sind die Verhältnisse "vor Ort" anhand der Betriebsunterlagen und Parteiarchive durch eine Feldstudie von Dietmar Neutatz untersucht worden: "Zwischen Enthusiasmus und politischer Kontrolle. Die Arbeiter und das Regime am Beispiel von Metrostoj".²⁵ Die Riesenbaustelle für die Untergrundbahn beschäftigte zeitweise bis zu 75.000 Arbeitskräfte, in der übergroßen Mehrzahl ehemalige Bauern, darunter auch vertriebene Kulaken oder ihre Söhne. Unterbringung und Verpflegung waren erbärmlich; die Arbeiter mussten in überfüllten, baufälligen Baracken hausen und bekamen in den Kantinen ein Essen, das Anlass zu dauernden Beschwerden gab.

Es herrschte eine unglaubliche Fluktuation der Arbeitskräfte, die eine kontinuierliche Arbeit fast unmöglich machte. Nach den vorhandenen Daten lag die Fluktuationsrate in der Moskauer Bauwirtschaft bei 300% - was bedeutet, dass sich die Belegschaft eines Baubetriebs statistisch im Lauf eines Jahres drei Mal erneuerte. Trunkenheit, Schlägereien, Blaumachen, offene Arbeitsverweigerung und die Sabotage von Maschinen – teils aus politischen Gründen, teils aber auch, um nicht arbeiten zu müssen – waren an der Tagesordnung (dabei ist verblüffend, dass die Todesrate beim U-Bahnbau niedriger lag als bei vergleichbaren Projekten im Westen).

Um die Arbeitsdisziplin zu steigern, wurden mehrere tausend Mitglieder des kommunistischen Jugendverbands zur Arbeit auf der Baustelle mobilisiert. Ihr Eintreffen bewirkte einen merkbaren Umschwung. Sie rissen die übrigen Arbeiter nicht nur durch ihr Beispiel mit, sondern führten auch regelmäßige Besprechungen nach Schichtende ein, um die Arbeitserfolge und die gute oder schlechte Leistung jedes einzelnen zu bewerten. "Man kann die Komsomolzen nicht undifferenziert als Enthusiasten bezeichnen, muss aber objektiv feststellen, dass ihre Ankunft auf den Baustellen einen Umschwung in bezug auf Arbeitstempo und Produktivität bewirkte."²⁶

Dass die Hauptstadt keine Ausnahme bildete, belegen Studien über die russische Provinz, z.B. von Gabriele Gorzka, die durch die Auswertung lokaler Quellen die Zustände in der Textilindustrie von Jaroslavl, 280 km nördlich von Moskau, untersucht hat.²⁷

Um die forcierte Industrialisierung zu kritisieren, schreibt Wagner unter Hinweis auf die elenden Lebensumstände der in die Städte strömenden Massen:

²⁵ in: Plaggenborg, S. 185-208

²⁶ in: Plaggenborg, S. 196

²⁷ Krasnyi Perekop – Betriebsalltag und Arbeiterinteressen am Beispiel der Textilarbeiterschaft in Jaroslavl' in den 1930er Jahren; in: Plaggenborg, S. 209-242

"Der Staat besaß überhaupt nicht die Ressourcen, den Hunderttausenden neuen Arbeitern Weiterbildung und kulturelle Umerziehung zu gewährleisten." Wenn man diese Bemerkung ernst nimmt und nicht als weiteren Versuch betrachtet, mit beliebigen, teils einander direkt widersprechenden Argumenten die Politik der 30er Jahre zu denunzieren - was sollte der Staat nach Wagners Meinung mit den "hunderttausenden neuer Arbeiter" anstellen (in Wirklichkeit waren es Millionen), die in die Städte strömten? Sollte er sie auf dem Land festhalten und als Analphabeten in Ruhe lassen, weil er nicht die Ressourcen besaß, um ihnen auf ordentliche, zivilisierte Weise nach westeuropäischen Maßstäben im geduldigen Fortgang der Generationen Lesen, Schreiben, gesittetes Arbeitsverhalten und Kultur beizubringen (derselbe Wagner entblödet sich nicht, an anderer Stelle das Pass-System zu kritisieren, das eine Überflutung der Städte verhindern sollte)? Dass der Staat im Laufe einer Generation das Analphabetentum beseitigt hat, gehört zu den Leistungen, die selbst Gegner des Sozialismus anerkennen müssen.

In den Fabriken entstanden zahllose Zirkel für Alphabetisierung, Kultur, Religionskritik, Theater, Technik, Naturwissenschaften, berufliche Fortbildung etc, die unter armseligen Verhältnissen arbeiteten, selbständig organisiert von Arbeitern und Intellektuellen, die außer ihrer Begeisterung wenig Vorbildung mitbrachten. Viele davon lösten sich rasch wieder auf. Am erfolgreichsten waren neben Kulturzirkeln die Kurse für berufliche Qualifizierung.²⁸ So holperig und teilweise naiv auch immer die kulturelle und berufliche Entwicklung der Muschiks erfolgte - am Ende war die sowjetische Industrie in der Lage, nicht nur genügend Panzer zu produzieren, sondern aus den Reihen der Fabrikarbeiter auch die technikerfahrenen Besatzungen für diese Panzer zu stellen, die die deutschen Truppen in den kriegsentscheidenden Schlachten des 2. Weltkriegs zurück schlugen,

Wagner schreibt zur Lage der Arbeiterschaft: "Durch Konsumdrosselung, Senkung der Reallöhne und Militarisierung der Arbeit seit Mitte der 30er Jahre wurde auch die Arbeiterklasse zur Quelle der 'sozialistischen Akkumulation'". Abgesehen von der banalen Tatsache, dass jede Akkumulation – gleich ob kapitalistisch oder sozialistisch – nur das Resultat lebendiger Arbeit sein kann, ist an dem Satz so gut wie nichts richtig. Sinkende Reallöhne gab es nur am *Anfang* der 30er Jahre. Seit 1933/34 bis zum Ende der 30er Jahre dagegen stiegen die Löhne wieder (und mit ihnen der Konsum), neuer Wohnraum wurde gebaut, der Rubel festigte sich und die Lebensmittelrationierung konnte aufgehoben werden. Und eine *Militarisierung* der Arbeit gab es in den 30er Jahren überhaupt nicht, sondern erst 1940 angesichts des bevorstehenden Kriegs, als die Arbeitsverhältnisse unter Kriegsrecht gestellt wurden.

Sätze wie der hier fast beliebig herausgegriffene finden sich in Wagners Artikel dutzendfach - eine Mischung aus Fakten und moralischer Entrüstung, fragwürdigen Interpretationen oder falschen Angaben. In diesem Fall findet sich die Quelle seiner Entrüstung über die Lage der Arbeiterklasse in den von ihm zitier-

²⁸ Gorzka in: Plaggenborg, S. 239

ten Veröffentlichungen von Markus Wehner, dem Moskau-Korrespondenten der FAZ. Um nicht der Einseitigkeit beschuldigt zu werden, lassen wir Friedrich-Christian Schröder, einen normalen bürgerlichen Historiker, eine Zusammenfassung von dessen Ansichten geben. Ihm zufolge wendet sich Wehner gegen die Deutung des Stalinschen Terrors "als Modernisierung oder als Sicherung der Herrschaft für ein schwaches Regime und sieht die Zwecke des Terrors einfach in der Vernichtung politischer Gegner, der Ausbeutung der Arbeitskraft und der Einschüchterung der Bevölkerung."²⁹ Einfach die Vernichtung der Gegner, Ausbeutung der Arbeitskraft und Einschüchterung der Bevölkerung - ist das nicht auch die schlichte Quintessenz von Wagners Ausführungen?

Für Wagner, Wehner und alle Anhänger einer subjektiven Geschichtsschreibung muss es ein ewiges Rätsel bleiben, wieso eine der Verarmung preisgegebene, militaristisch geknechtete und ihrer Menschenwürde beraubte Arbeiterschaft sich ohne Gegenwehr der Ausbeutung und Unterdrückung durch ein verbrecherisches Regime unterwarf – und das, obwohl große Teile davon immerhin eine Revolution und einen Bürgerkrieg mitgemacht hatten und hoch politisiert waren. Die etwas klügere, nicht vom Antikommunismus ideologisierte bürgerliche Geschichtsschreibung geht dagegen davon aus, dass "die Mehrheit in der Partei, Teile der akademischen und nichtakademischen Jugend, ein Großteil der Arbeiterschaft" Stalins Politik aus eigenem Interesse unterstützten. "In ihren Augen hatte die Staatsführung mit ihrer Politik der forcierten Industrialisierung und Kollektivierung endlich die politische Initiative zurückgewonnen. Sie erlebten die Jahre als Zeit der Mobilität, der Bewegung, des Aufstiegs: vom ungelerten Arbeiter zum Facharbeiter, vom Facharbeiter zum Angestellten. 'Proletarier' drangen in die Managerposten vor, lösten dort die alten Eliten ab; 'rote Spezialisten' drängten in die Hochschulen. In den Universitäten und Akademieinstituten das gleiche Bild: militante Jugend agierte gegen ihre alten Professoren, wechselte sie aus."³⁰ Offenkundig bedarf es erst eines Koljas Wagner, um die russischen Arbeiter im Nachhinein darüber aufzuklären, dass ihre Erfahrung eines besseren Lebens in den 30er Jahren reine Einbildung gewesen ist, ein Gaukelbild der Propaganda.

Das Gegenstück zu den freiwilligen Produktionsschlachten und Kulturoffensiven bildete die Anwendung außerökonomischer Gewalt. Für Arbeitsbummelei, Zuspätkommen, Trunkenheit am Arbeitsplatz, die Beschädigung von Maschinen etc. konnten neben der Kündigung (die angesichts der massenhaften Fluktuation kaum Wirkung hatte) strafrechtliche Sanktionen verhängt werden. Allerdings besagen die vorliegenden Untersuchungen, dass solche Strafen nur äußerst selten zur Anwendung kamen. Entweder wurden die Vergehen fabrikintern geregelt oder die Betroffenen tauchten in dem Strom der Arbeitskräfte unter, der sich von Fabrik zu Fabrik wälzte und in den ersten Jahren weitgehend der zentralen Kontrolle entzogen war, da die Betriebe in ihrem Heißhunger nach lebendiger

²⁹ FAZ vom 07.11.1998

³⁰ Altrichter 1993, S. 72

Arbeit nicht nach Dokumenten fragten. Erst bei Herannahen des Kriegs wurden mit der Androhung des Kriegsrechts die Strafen drastisch verschärft und manchmal auch umgesetzt.

Die Spitze der "Erziehung zur Arbeit" bildete die Zwangsarbeit in den Arbeitslagern, die jedoch lange Zeit sowohl dem Umfang (statt behaupteter 7-8 Millionen Insassen lassen sich nur 2 Millionen belegen) als auch der ökonomischen Wirkung nach überschätzt worden ist.³¹

Alles in allem durchlief die Sowjetunion in den 30er Jahren, zusammengedrängt auf einen ungemein kurzen Zeitraum, analog der von Marx im KAPITAL dargestellten "ursprünglichen Akkumulation des Kapitals" einen Prozess der "ursprünglichen sozialistischen Akkumulation", in dessen Verlauf die menschlichen und sachlichen Produktivkräfte entwickelt wurden, deren Vorhandensein Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms als *Voraussetzung* für den Eintritt in die erste Phase des Kommunismus (den später so genannten "Sozialismus") unterstellt hatte. In der Sowjetunion waren diese Produktivkräfte als materielle Basis bzw. Voraussetzungen des Sozialismus erst vor dem Weltkrieg bzw. – aufgrund von dessen Friktionen – erst Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre vorhanden.

Politökonomisch drückte die Verteilung der Konsumtionsmittel "nach der Leistung" dieser Phase einen *bürgerlichen Stempel* auf. Dieses "bürgerliche" Moment musste auch nach Abschluss der ursprünglichen Akkumulationsphase andauern, wie Marx das für die erste Phase des Kommunismus erläutert hatte (Kritik des Gothaer Programms). Dem folgend sah Stalin noch mehrere Generationen vergehen, bevor die gesellschaftliche Einstellung zur Arbeit eine kommunistische Gesellschaftsordnung ermöglichen würde, sprich die Arbeit nach einer Formulierung von Engels "aus einer Last eine Lust" geworden war. Weil dieser Zeitpunkt noch längst nicht absehbar war, wies er in den "Ökonomischen Problemen des Sozialismus" alle Bestrebungen zurück, den Übergang zum Kommunismus zu organisieren, und beharrte auf der Weitergeltung des Wertgesetzes sowie der Formel "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung". Das heißt, er plädierte unter Berufung auf Marx' Ausführungen zur ersten Phase des Kommunismus für die Fortführung einer Wirtschaftspolitik mit *bürgerlichen Zügen*.³²

Diese Tatsache ist deswegen hervorzuheben, weil in den 50er Jahren mit Chruschtschow an der Spitze eine andere Strömung die Oberhand in Partei und Staat gewann. Sie sah mit dem Abschluss der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation *die Voraussetzungen für den Übergang in die zweite Phase des Kommunismus, den eigentlichen Kommunismus, gegeben*. Man etikettierte also die soeben erst geschaffenen Grundlagen des Sozialismus in Grundlagen des Kommunismus um. Auf dieser Basis kündigte Chruschtschow den baldigen Übergang zur Überflussproduktion und in Verbindung damit die Verteilung der

³¹ Hildermeier 2001, S. 44, 128, 131

³² Stalin: Ökonomische Probleme, S. 70 f

Konsumgüter "nach den Bedürfnissen" an. Die entsprechende Politik ließ er 1961 als *Parteiprogramm* verabschieden. Wirtschaftlich resultierte daraus eine Verschiebung der gesellschaftlichen Ressourcen aus dem Produktionsmittelsektor in die Produktion von Konsumgütern, wodurch letzten Endes der ökonomischen Niedergang der Sowjetunion verursacht wurde.

5. Triebkräfte des linken Radikalismus in Russland

In seinem Überblick über die gegenwärtige Historikerdebatte in Russland weist der bereits zitierte Joachim Hösler auf einen seiner Einschätzung nach wesentlichen neuen Gesichtspunkt hin, eingebracht durch einen russischen Historiker namens Cipko, der "als erster die Ursprünge des Stalinismus in den Traditionen des russischen linken Radikalismus nachzuweisen versuchte." Dessen Position fasst Hösler so zusammen: "Das Kernproblem der russischen Entwicklung bestehe darin, dass aufgrund der Randlage und Isolation des Landes (auch) der Marxismus einseitig, ohne Korrektiv, sozusagen in seiner extremsten, linksradikalen Form rezipiert und in das Massenbewusstsein transponiert worden sei. Schlüsselprobleme stellen für Cipko die seit Marx in der sozialistischen Literatur verbreitete Überzeugung von der Möglichkeit eines reinen Sozialismus ohne Warenproduktion und Marktbeziehungen (Cipko verweist auf Schriften von Trockij, Zinov'ev, Kamenev, Kautsky) und die in illegalen Kämpfen verinnerlichte Opferbereitschaft sowie der Hass auf das Bestehende und Alltägliche (Bakunin, Tkacev, Trockij) dar."³³

Es ist charakteristisch, dass Cipko die Theorie von einem "reinen Sozialismus ohne Warenproduktion und Marktbeziehungen" dem "Stalinismus" zuordnet und Hösler dem nicht widerspricht, obwohl Stalin genau das Gegenteil dieser Position vertreten hat. Aber von dieser Fehlinterpretation abgesehen enthält die Aussage über die Stärke des linken Radikalismus in Russland einen wichtigen Hinweis; man muss sie lediglich vom Kopf auf die Füße stellen. Es waren keine Handvoll Theoretiker, die ihre aus dem Bücherstudium gewonnenen linksradikalen Auffassungen in das Massenbewusstsein übertrugen (das Manipulationsdenken der kritischen Theorie lässt grüßen), sondern umgekehrt waren es die sozialen Verhältnisse Russlands, die den Nährboden für einen linken Radikalismus bildeten, der die Geschichte der sowjetischen Arbeitermacht durchzieht.

Die gesellschaftlichen Vorstellungen waren zutiefst geprägt durch die bäuerliche Umteilungstradition der "obscina", der russischen Landumteilungsgemeinde, die kein Privateigentum am Boden kannte, sondern die Äcker alle paar Jahre an die Dorfmitglieder neu aufteilte, entweder nach der Zahl der Esser oder nach der Zahl der Arbeitskräfte in einer Familie. Aus diesen Verhältnissen zogen die "Volkstümler" ihre Stärke, kleinbürgerliche Sozialisten, die einen "russischen Weg" zum Sozialismus ohne Durchlaufen des Kapitalismus propagierten. Mit den Bolschewiki zusammen in der ersten Revolutionsregierung nach dem Okto-

³³ Joachim Hösler: Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus; in: Plaggenborg, S.53

ber 1917, waren ihre Anhänger den Kommunisten zahlenmäßig weit überlegen, entsprechend dem Übergewicht der Bauernschaft über die Arbeiter. Von dem *obscina*-Denken waren auch die "alten" Arbeiter der Oktoberrevolution beeinflusst. Viele von ihnen hatten nach wie vor ein Bein in ihrer dörflichen Herkunftsgemeinde und damit das Recht auf Zuteilung eines Landstücks, von dem sie in den schweren Jahren des Bürgerkriegs Gebrauch gemacht hatten, als sie auf das Land zurückkehrten, um in der Stadt nicht zu verhungern. Erst recht brachten die Millionenmassen der Arbeiterbauern der 30er Jahre neben ihrem vorindustriellen Arbeitsverhalten auch "gleichmacherisches", verteilungskommunistisches Gedankengut in die Städte.

Neben der *obscina*-Tradition wirkte sich die gesellschaftliche Ausnahmesituation aus, die von der Oktoberrevolution über die Kollektivierung und Industrialisierung bis zum Weltkrieg eine permanente Anspannung aller Kräfte erforderte und kaum eine Atempause gewährte. Sie sprach besonders die Arbeiterjugend an, die einerseits die Stoßtruppe der Industrialisierung stellte, andererseits anfällig für Utopien und Voluntarismus war. "Es scheinen die jungen, männlichen Arbeiter mit städtischem Hintergrund gewesen zu sein, die in besonderem Maße zu Militanz und kommunistischer Gesinnung neigten. Sie hatten als Halbwüchsige die Revolution und den Bürgerkrieg erlebt und sich inzwischen Erfahrung und Qualifikation angeeignet. Sie grenzten sich sowohl gegen die 'alten' Arbeiter aus der 'Kampfzeit' als auch gegen die Neulinge aus dem Dorf ab und betrachteten die Denkweise beider mit Skepsis. Sie bildeten die Kohorten des *Komsomol*, der militanten Atheisten und anderer Aktivisten. Sie trachteten, wie spätere Dissidenten in Erinnerung an ihre eigene Jugend formulierten, nicht in erster Linie nach 'materiellen Vorteilen', sondern versuchten, ihre *Ideale* zu verwirklichen."³⁴ Noch im letzten Lebensjahr Stalins kommt dessen Sorge vor dem Radikalismus der Jugend zum Ausdruck, wenn er in den "Ökonomischen Problemen" sagt, dass die Jugend geduldig den Marxismus lernen müsse.³⁵

Für das Regime war es ein schmaler Grat, ein Balanceakt zwischen einer leistungsorientierten Tarifpolitik für die breiten Massen der neuen Bauern-Arbeiter und der politischen Begeisterung der zum Kommunismus drängenden Arbeiterjugend. Dabei bildeten Massenmobilisierungen und politische Kampagnen einen unverzichtbaren Katalysator, aber nicht die Grundlage der Wirtschaftspolitik.

Das jüngste Beispiel für die gängigen Fehlinterpretationen liefert Robert Steigerwald in dem Aufsatz "Probleme in Stalins Politik des Aufbaus des Sozialismus".³⁶ Dort meint er wie Wagner, dass die forcierte Kollektivierung 1929/30 der grundlegende Fehler gewesen sei, und zieht, ausgehend vom Großen Sprung, eine durchgehende Linie des "Voluntarismus und Subjektivismus", die letzten Endes zum Untergang der Sowjetunion geführt habe. Als "bekanntestes Beispiel" dieser Linie nennt er das Kommunismusprogramm des 22. Parteitags

³⁴ Hildermeier 1998, S. 419

³⁵ Stalin: Ökonomische Probleme, S. 10/11

³⁶ Marxistische Blätter 6-03, November/Dezember 2003

1961.³⁷ Der Hinweis auf die Existenz einer "linken" Grundlinie in der Geschichte der Sowjetunion, die ihren Höhepunkt 1961 fand und von dort in den Untergang führte, ist richtig. Falsch ist es jedoch, den Ursprung dieses "Voluntarismus und Subjektivismus" Stalin zuzuschreiben, der im Gegenteil zeit seines Lebens ein erklärter Gegner einer solchen Politik war.

Erst nach seinem Tod konnte sich in Partei und Staat eine linke, "kommunistisch-politische" Linie mit Chruschtschow an der Spitze durchsetzen, die ihren gesellschaftlichen Resonanzboden in der Arbeiterschaft der privilegierten Schwerindustrie einerseits, der Jugend andererseits fand. Die Arbeitermassen waren die Parolen des sozialistischen Wettbewerbs zur fortdauernden Leistungssteigerung leid und sehnten sich nach zwei entbehrensreichen Jahrzehnten der Industrialisierung, des Kriegs und der Nachkriegszeit nach einem schnelleren Anstieg des Lebensstandards, der ihnen von Chruschtschow unter der Parole von der heranahenden Überflussproduktion versprochen wurde. Die neu herangewachsene Jugend dagegen brannte darauf, sich in die Produktionsschlacht zu werfen, um den Übergang zum Kommunismus zu erkämpfen.

Unter der gemeinsamen Parole des Kommunismus fanden beide gesellschaftlichen Kräfte vorübergehend zusammen: in der Industrie wurde das Leistungsprinzip zurückgenommen und die Konsumgüterproduktion für die Arbeiter über ein wirtschaftlich vertretbares Maß hinaus angekurbelt, während nebenan die kommunistische Nachkriegsjugend zu Zehntausenden loszog, um durch die Neulandgewinnung in riesenhaftem Maßstab ein für allemal das Getreideproblem zu lösen – wobei riesige Umweltschäden angerichtet wurden und man das angestrebte Ziel verfehlte.³⁸

6. Die Opfer der Kollektivierung

Erst vor diesem Hintergrund lassen sich die Ereignisse im Überbau, also das Vorgehen gegen politische Gegner, einordnen. Eine Voraussetzung dafür ist, verfolgte Kulaken, Hungertote und erschossene Kommunisten nicht in einen Topf zu werfen, darin herum zu rühren und alles als "Verbrechen der KPdSU" zu deklarieren, wie Wagner das tut, sondern die verschiedenen Phasen und betroffenen Gruppen auseinander zu halten.

Die ersten Opfer waren die Kulaken, die als "reiche" Bauern und Dorfvorsteher eine zentrale Stellung innerhalb des Dorfs hatten. Sie wurden auf dem Boden des ZK-Beschlusses zur "Vernichtung des Kulakentums als Klasse" nach vorgegebenen Kontingenten mit ihren Familien aus den Dörfern vertrieben, um die Kollektivierung sicherzustellen. Ihr Vieh, Häuser und Gerätschaften wurden beschlagnahmt, sie selber wurden entweder in der Umgebung des bisherigen Dorfes auf schlechtere Böden umgesiedelt oder deportiert. Wer sich gewaltsam widersetzte, wurde erschossen. Die "Entkulakisierung" hatte einige hunderttau-

³⁷ MBI 6-03, S.94

³⁸ ausführlicher hierzu AzD 67: Proletariat und Sozialismus in der Sowjetunion

send Tote zur Folge; die meisten von ihnen starben, weil sie (z.T. im Winter) im Norden des Landes auf unvorbereitetem Land und ohne zureichende Ausrüstung ausgesetzt wurden.

Als Folge der Kollektivierungskampagne kam es 1932-1934 zu einer Hungersnot, die mehrere Millionen Tote forderte und von Wagner mit den Worten kommentiert wird: "Ob der Hunger nun von der Parteiführung bewusst als Waffe zur Unterwerfung eingesetzt wurde oder nicht, sei einmal dahingestellt." Die Andeutung, dass die Hungersnot möglicherweise bewusst organisiert wurde, um die widerspenstigen Muschiks zu unterwerfen, ist ebenso ignorant wie böswillig. Andere Autoren, die auf demselben Niveau wie Wagner publizieren, sahen die Hungersnot schon gezielt gegen die ukrainische Nation gerichtet, weil die meisten Hungertoten dort zu beklagen waren.

Hätte Wagner sich gründlicher mit der neueren Literatur vertraut gemacht, hätte er festgestellt, dass kein seriöser Historiker (mehr) die Behauptung von einem gezielten Einsatz des Hungers gegen wen auch immer teilt. "Soweit die Behörden Teile des Landes vor dem Schlimmsten retten wollten, galt ihre Sorge nicht primär russischen Regionen, um im Nebeneffekt den ukrainischen Eigenwillen zu brechen, sondern den Städten, der Arbeiterschaft und der Industrie."³⁹ Die Hungerkatastrophe war die ungewollte Folge einer durch die Verhältnisse erzwungenen Kollektivierung, deren Konsequenzen durch revolutionären Über-eifer, schlechte Ernten und behördliche Inkompetenz verschlimmert wurden.

Wagner bemerkt weiter dazu: "Warum führte der angeblich so geniale Klassenpolitiker Stalin in der Ukraine und Russland die gleiche Politik durch? Hätten nicht unterschiedliche Klassenverhältnisse und Bauern eine unterschiedliche Politik in den beiden Sowjetrepubliken erfordert?" Hätte Wagner vor Abfassung seiner profunden Kritik nicht nur die beliebigen Veröffentlichungen *über* Stalin gelesen, sondern sich die Mühe gemacht, einmal bei Stalin selber nachzulesen, hätte er feststellen können, dass für die Kollektivierung sehr wohl unterschiedliche Zeiträume vorgesehen waren. In der "Antwort an die Genossen Kollektivbauern", in der Stalin die "linken Überspitzer" der Kollektivierung attackierte, zitiert er einen Beschluss des ZK "Über das Tempo der Kollektivierung" von Januar 1930, in dem die UdSSR wegen der regionalen Unterschiede in drei Gruppen eingeteilt wurde.⁴⁰ Die Ukraine gehörte zur zweiten Gruppe, in der die Kollektivierung "im wesentlichen" erst im Frühjahr 1932 abgeschlossen sein sollte, tatsächlich jedoch früher erfolgte.

Hier kulminierten die Widersprüche, weil zwei konträre Bewegungen aufeinander prallten. Der revolutionäre Elan der Arbeiter traf in der Ukraine auf eine Bauernschaft, in welcher die Entwicklung des Privateigentums an Land weit vorangeschritten war (es gab kaum noch Landumteilungsgemeinden); deshalb war hier die Gegenwehr so heftig. In ihrer Erbitterung schlachteten die Bauern mehr Zugvieh ab und zerstörten mehr landwirtschaftliche Geräte als in anderen

³⁹ Hildermeier 1998, S.401

⁴⁰ SW 12, S. 182

Regionen. Folglich lag der Getreideanbau in den nächsten Jahren besonders darnieder und gab es ausgerechnet in dieser fruchtbaren Region so viele Hungertote.

In seiner Ereiferung merkt unser Kritiker nicht, dass er selber wenige Zeilen später begründet, auf welche Schwierigkeiten die "unterschiedliche Politik" gegenüber den "unterschiedlichen bäuerlichen Verhältnissen" stieß. Um die mörderischen Folgen der Kollektivierungspolitik auszumalen, beruft er sich nämlich auf ein geheimes Memorandum des ZK vom 2. April 1930: "Wenn die Parteilinie weiter nicht beachtet werde, würde ein großer Teil der niederen Kader von den Bauern abgeschlachtet werden, so das ZK."

Was besagt diese Warnung? Sie besagt doch, dass die Parteiführung ein zurückhaltendes, differenziertes Vorgehen bei der Kollektivierung ausgegeben hatte, aber "vor Ort" sich kaum jemand daran hielt - mit mörderischen Folgen für die dörflichen Kommunisten. Bisherige Quellenstudien besagen, dass es um die Durchsetzungsfähigkeit des Staats- und Parteiapparats "ganz anders bestellt war, als das Konzept totalitärer Herrschaft zumindest der Idee nach voraussetzte. Anstelle von Effizienz und geordneten Entscheidungsabläufen fanden sie Wirrwarr und Improvisationen, anstelle von wirksamer Kontrolle mangelnde Durchsetzungsfähigkeit. Angesichts dieser Befunde geriet nicht nur die Hypothese ins Wanken, Stalins Aufstieg sei auf seine Position als Generalsekretär zurückzuführen. Desgleichen erwies sich die Annahme, er habe nach der Ausschaltung der innerparteilichen Opposition nach Belieben dirigieren können, als quellenfernes Konstrukt."⁴¹

Wenn man konkret untersucht, wie die Kollektivierung durchgeführt wurde, wird die Diskrepanz zwischen der offiziellen Linie und ihrer praktischen Umsetzung auch erklärlich. Dann zeigt sich nämlich, dass die Kollektivierung dem Wesen nach eine von der Arbeiterklasse getragene und von Teilen der Bauernschaft unterstützte Revolution war, die wie jede Revolution mit revolutionären Methoden, d.h. ohne Beachtung der Gesetzlichkeit, durchgeführt wurde und nur in engen Grenzen von oben zu steuern war. "Welle um Welle überschwemmten Partei- und Sowjetfunktionäre, Miliz, Brigaden von städtischen Industriearbeitern und Gruppen des kommunistischen Jugendverbandes (Komsomol) die Dörfer, um die Kollektivierung voranzutreiben. Dorfversammlungen hatten entsprechende Beschlüsse zu verfassen, wer sich widersetzte, galt als 'Kulak' oder 'Kulakenknecht'."⁴² Unter russischen Verhältnissen kaum zu kontrollierende, von einer Woge der revolutionären Begeisterung getragene Trupps von Arbeitern und Komsomolzen zogen über das Land, stellten den einfachen Bauern das Vieh und die Geräte der Kulaken in Aussicht, versprachen neue Traktoren und eine glückliche kommunistische Zukunft.

Viele Dörfer schlossen sich freiwillig zu Kolchosen zusammen, insbesondere in den ärmeren Gebieten mit einer intakten *obscina*-Tradition. In den anderen

⁴¹ Hildermeier 2001, S. 121 f

⁴² Altrichter 1993, S. 70

Dörfern war die Zustimmung nur ein Lippenbekenntnis. Kaum waren die durchreisenden Agitatoren hier, ob ihrer raschen Erfolge "von Schwindel befallen", ins nächste Dorf weitergezogen, standen die "niedereren Kader", d.h. die dörflichen Kommunisten, alleine da. Sie stammten regelmäßig aus der "Dorfarmut", deren Angehörige (z.B. als Hirten) keine vollberechtigten Mitglieder der Dorfversammlung waren. Darum fielen viele Kolchosen nach Abzug der proletarischen Brigaden genau so schnell wieder auseinander, wie sie gebildet worden waren, zumal als die versprochenen Traktoren nicht geliefert wurden, und mussten die "niedereren Kader" um ihr Leben fürchten.

Wenn man auf die Ereignisse direkt nach der Oktoberrevolution zurück schaut, fallen einem die Parallelen ins Auge, welche die in der Arbeiterschaft verbreiteten Überzeugungen dokumentieren und Licht auf die Ursachen der Entwicklung werfen. Auch im Jahr 1918 waren die Arbeiter unter Führung der Bolschewisten aufs Land gezogen, um das fehlende Getreide zu requirieren, und hatten damals trotz Hunger und Entbehrungen von der Abschaffung der Warenproduktion und der Einführung des Kommunismus geschwärmt. Seinerzeit hatte sich der Zorn der Bauernschaft nicht gleich auf sie konzentriert, weil die Gutsbesitzer mit der Wiederaneignung der durch die Bauern angeeigneten Ländereien drohten und man die Bolschewisten brauchte, weil nur sie die bewaffnete Gegenwehr durch die Rote Armee organisieren konnten. Erst als die "Weißen" geschlagen waren, aber die Bolschewiki mit der Requirierung des Getreides fortführen, standen die Bauern gegen die Arbeitermacht auf und zwangen sie 1921 zum Rückzug.⁴³

Nunmehr kam es zu einer Neuauflage der Jahre 1918/1921. Wieder zogen die Arbeiter, vom Hunger nach Getreide getrieben, aufs Land, und wieder verbanden sie ihren Marsch mit kommunistischen Ambitionen und versuchten, die Bauern in "Agrarkommunen" zu zwingen. Zwar hatten sich die Kräfteverhältnisse in der Zwischenzeit zu ihren Gunsten verschoben, aber auch diesmal hätte sich die Arbeitermacht nicht halten können, wenn sie nicht den Rückzug auf die "Neo-NÖP" und das "Artel" mit eigener Hoflandproduktion angetreten hätte, politisch flankiert durch eine neue Verfassung, welche der werktätigen Bauernschaft Mitte der 30er Jahre die formale Gleichberechtigung mit der Arbeiterklasse zuerkannte.

Nur durch diesen Rückzug war das Ergebnis der "zweiten Revolution" trotz Millionen von Hungertoten auf dem Land und mehrerer Notjahre in den Städten nicht der Untergang der Arbeitermacht und nicht der Zerfall der Gesellschaft, sondern ein neuer Gesellschaftsvertrag zwischen Arbeiterklasse und (Kolchos-) Bauernschaft, der so stabil war, dass er auch dem Ansturm der deutschen Wehrmacht 1941 widerstand und dem Wesen nach bis zum Untergang der Sowjetunion andauerte.

⁴³ Alfred Schröder: Der russische Oktober - die Geburtsstunde der kommunistischen Bewegung; in: AzD 67

7. Die Verfolgungen im Partei- und Staatsapparat

Ganz anderen Charakter als das Geschehen bei der Kollektivierung tragen die Verfolgungen in der zweiten Hälfte der 30er Jahre, weil sie nicht Ausdruck von Klassenkämpfen waren. Sie zerfallen in zwei unterschiedliche Stränge: zum einen Auseinandersetzungen innerhalb des Partei- und Staatsapparats, zum zweiten Maßnahmen gegen ehemalige Kulaken und andere, die anlässlich des nahenden Kriegs als potentielle fünfte Kolonne galten.

Die Verfolgungswelle, die den Partei- und Staatsapparat traf, begann nach der Ermordung Kirows Ende 1934 und fand ihren sichtbarsten Ausdruck in den großen Moskauer Prozessen von August 1936, Januar 1937 und März 1938. Die Veröffentlichungen, die hierzu in den letzten Jahren seit der (teilweisen) Öffnung der Archive erschienen sind, haben wenig zur Klärung beigetragen. Nicht einmal verlässliche Zahlen darüber, wie viele Parteimitglieder insgesamt "gesäubert" wurden (wobei die Säuberung vom Parteiausschluss bis zur Liquidierung reichen konnte) gibt es. Besonders schwierig ist die Aufklärung in diesem Fall, weil die Parteisäuberung sich zeitweise mit den Maßnahmen gegen die "fünfte Kolonne" überschneidet und die Opfer kaum auseinander zu halten sind. Erst recht sind die Hintergründe bislang nicht aufgeklärt. Deshalb erheben die nachfolgenden Überlegungen keinen Anspruch auf eine erschöpfende Erklärung, sondern wollen darauf aufmerksam machen, dass den Vorgängen mehr zugrunde liegen muss als der böartige bzw. doktrinär verformte Charakter Stalins.

Das Vorspiel zu den Ereignissen bildete ein Beschluss des Politbüros vom 12. Dezember 1933, mit dem prominente Oppositionelle sowohl der "Linken" als auch der "Rechten" wieder in die Partei aufgenommen wurden, darunter Sino-wjew, Kamenew, Preobraschenski, Tomski und Rykow (Bucharin war nie aus der Partei ausgeschlossen worden). Damit konnten die Parteiflügel sich wieder aufstellen, die sich bereits in den 20er Jahren gegenüber gestanden hatten und ohne deren Gegensätze die Parteisäuberungen der 30er Jahre m.E. nicht zu verstehen sind.

Aus Sicht der "Linken" stellte sich die innenpolitische Lage Mitte der 30er Jahre so dar: Bis 1928 war Stalin mit Bucharin zusammen gegangen, um die NEP durchzusetzen; Stalin selber galt als Mann der "Rechten", der die Kulaken schützte und als Generalsekretär den Ausschluss der Anführer des linken Parteiflügels aus der Partei organisiert hatte. 1929, als es fast schon zu spät war und das Land kurz vor einer Katastrophe stand, wechselte er mit einemmal die Fronten und rief zum Kampf gegen die Kulaken auf, den die Linken bereits seit Jahren gefordert hatten. Kaum war der Durchbruch zur Kollektivierung aber erfolgt, machte er auf halbem Wege kehrt, verhinderte die Einführung von Agrarkommunen auf dem Land und trat statt dessen für eine "Neo-NÖP" ein, die den Bauern die Fortführung der Privatproduktion auf ihrem Hofland mitsamt der Abhaltung von Kolchosmärkten in der Stadt erlaubte. Gleichzeitig sorgte er entgegen spontaner Bestrebungen in Teilen der Arbeiterschaft nach einer kommunisti-

schen Egalisierung der Löhne für ein Entlohnungssystem, das die Lohnunterschiede vergrößerte.

1934 machte er Bucharin zum Chefredakteur der *Iswestija* und beauftragte ihn anschließend mit der Ausarbeitung einer neuen Sowjetverfassung, die den (noch immer zur Hälfte warenproduzierenden) Bauern die staatsbürgerliche Gleichberechtigung mit den Arbeitern versprach. Das alte NEP-Bündnis zwischen "Parteizentrum" und "Rechten" war also auf neuer Ebene wieder hergestellt und sperrte den weiteren Weg zum Kommunismus zur gleichen Zeit, zu der Teile der Partei und insbesondere der Jugend auf eine forcierte Kommunistenpolitik drängten.

Im Dezember 1934 wurde Kirow, der Leningrader Parteisekretär, durch einen Anhänger Sinowjews erschossen. "Trotz der Einwände des NKWD befahl Stalin, die 'Sinowjew-Spur' wieder aufzunehmen und beschuldigte seine ehemaligen Kontrahenten - Kamenew und Sinowjew sowie deren Anhänger - des Mordes an Kirow."⁴⁴ Die Behauptung Chruschtschows und in seinem Gefolge Dutzender von Historikern, Stalin habe die Ermordung Kirows selber angeordnet, um einen potentiellen Rivalen zu beseitigen, ergibt politisch nicht den geringsten Sinn und war bis heute trotz aller Anstrengungen durch keinen Tatsachenbeweis zu untermauern. Fest steht allerdings, dass das NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten) in das Geschehen verwickelt war, woraus (aufgrund von Chruschtschows Behauptung) geschlossen wurde, dass Stalin der Drahtzieher war. Dabei wird übersehen, dass das NKWD weder eine monolithische Behörde noch erst recht das willfährige Werkzeug Stalins war. Es begriff sich als Wächter der Revolution und stand insbesondere in Leningrad den Linken nahe.

So gesehen, deuten die Zusammenhänge in eine ganz andere Richtung, die auch von Stalin unterstellt wurde. Kirow war nämlich anstelle Sinowjews *gegen* die Linken auf seinen Posten in Leningrad gehoben worden, war ein Verfechter der "Neo-NÖP" und galt als Statthalter Stalins.⁴⁵ Bereits 2 Jahre zuvor hatte es Auseinandersetzungen im Politbüro über die Behandlung des "Falls Rjutin" – eines "Linken" – gegeben. Dabei hatte Stalin nach einem Bericht Nikolajewskis eine harte Bestrafung gefordert; sein "stärkstes Argument war der Hinweis auf die zunehmenden terroristischen Stimmungen unter der Jugend – einschließlich der Komsomolzen. In den Berichten der GPU häuften sich Mitteilungen über derartige Gespräche unter der Arbeiter- und der studentischen Jugend überall im Lande. Registriert wurden nicht wenige terroristische Akte, die von Vertretern dieser Schichten gegen verhältnismäßig unbedeutende Repräsentanten der Partei- und sowjetischen Öffentlichkeit verübt worden waren." Stalin wies darauf hin, "dass es politisch falsch und auch unlogisch sei, die Täter so streng zu bestrafen und gleichzeitig diejenigen zu verschonen (gemeint sind die "Linken";

⁴⁴ Chlewnjuk, S.191

⁴⁵ vgl. Chlewnjuk, S.162-182

HK), deren politische Propaganda die direkte Grundlage für derartige Praktiken gelegt hätte".⁴⁶

Seinerzeit hatte Stalin sich mit seiner Forderung nach Bestrafung der "Hintermänner" nicht durchsetzen können, jetzt wurden die führenden Linken vor Gericht gestellt. Die ersten beiden Moskauer Prozesse gegen das "vereinigte trotzkistisch-sinowjewistische Zentrum" fanden unter zum Teil abenteuerlichen Anklagepunkten statt; an ihrem Ende wurden die meisten Angeklagten zum Tode verurteilt.

Sind die Fronten bis hierher zumindest politisch nachvollziehbar, so stößt jeder Erklärungsversuch beim letzten Prozess auf das Problem, dass diesmal die prominenten Rechten, voran Bucharin und Rykow, als "Block der Rechten und Trotzkisten" auf der Anklagebank saßen und hingerichtet wurden. Insbesondere dieser Fakt hat der Interpretation Vorschub geleistet, dass der rachsüchtige Stalin seine Gegner gleich welcher Couleur vernichten wollte, und das auf besonders heimtückische Weise, denn noch anlässlich des Revolutionsjubiläums im November 1936 hatte er Bucharin zu sich auf die Ehrentribüne in Moskau geholt, während dieser wenige Wochen später als Feind der Partei und des Staats verfolgt wurde.

Wenn man nicht der Auffassung von der alles und nichts erklärenden Machtgier Stalins anhängt, sondern weiterhin nach einer politischen Erklärung sucht, drängen sich einige Fragen auf. Anlässlich der Verfolgung Bucharins empfahl Stalin zunächst eine bloße Verbannung ohne Hinzuziehung des NKWD.⁴⁷ Als die Bucharinfrage im Februar 1937 auf das ZK-Plenum gebracht wurde, griff er ihn zwar öffentlich an, plädierte gegenüber den Forderungen nach seiner Hinrichtung aber dafür, ihn nur aus der Partei auszuschließen und keinen Prozess zu veranstalten, sondern die Sache zur weiteren Aufklärung dem NKWD zu überantworten, was auch mehrheitlich so beschlossen wurde. Das NKWD verhaftete Bucharin dann allerdings gleich nach dem Plenum, und ein Jahr später, im März 1938, wurde er vor Gericht gestellt. Jedenfalls deuten die wenigen Indizien darauf hin, dass Stalin nicht die Vernichtung Bucharins betrieben hat.

In einer Rezension zu Wladimir Hedelers "Chronik der Moskauer Schauprozesse 1936, 1937 und 1938" (Akademie-Verlag, Berlin 2003) schreibt Helmut Altrichter, dass das gründlich recherchierte Buch "Material zur 'Planung, Inszenierung und Wirkung' der Schauprozesse (liefert), nicht deren Entschlüsselung."⁴⁸ In der Tat kann von "Entschlüsselung" keine Rede sein. Auch die hier dargelegten Zusammenhänge haben vielleicht eine bestimmte politische Logik für sich - aber das ist kein Beweis.

⁴⁶ zitiert nach: Chlewnjuk, S. 109 f; Chlewnjuk zweifelt die Authentizität des Berichts von Nikolajewski an, aus dem Zusammenhang ergibt sich zumindest, dass der Bericht von einem Kenner der internen Verhältnisse stammen muss

⁴⁷ Hildermeier 1998, S.458

⁴⁸ FAZ vom 18.12.2003

Jenseits der politischen Differenzen hatten die Säuberungen in Partei, Staat und Wirtschaft unter der Parole "Die Kader entscheiden alles" (anstelle des bis dahin gültigen "Die Technik entscheidet alles"), die ab 1937 im Zeichen des nahenden Kriegs standen, auch andere Hintergründe. In der Wirtschaft bspw. war es nicht allein auf unterer Ebene um die Arbeitsmoral schlecht bestellt, auch ein erheblicher Teil der leitenden wirtschaftlichen Kader war nur durch die Umstände nach oben gespült worden, weil es an allen Ecken und Enden an Menschen fehlte. "Während der Reinigung zitterten ständig die Knie der Hunderttausende von Bürokraten. Beamte und Vorgesetzte, die sonst etwa um zehn Uhr morgens am Arbeitsplatz erschienen und um halb vier Uhr schon wieder gingen, die für alle Klagen, Schwierigkeiten und Missstände nur immer ein Achselzucken übrig gehabt hatten, waren nun vom Morgengrauen bis zum Einbruch der Dunkelheit an ihren Plätzen. (...) Sie gaben sich ernstlich Mühe, dass die vorgesehenen Mengen erzeugt wurden und dass der Betrieb rentabel arbeitete; sie achteten auch auf das Wohlbefinden der dort Tätigen - etwas, was sie vorher nicht im geringsten interessiert hatte."⁴⁹

Außerdem machen neuere Untersuchungen darauf aufmerksam, dass als Erbe der Vergangenheit Formen von Klientelpolitik auf dem Boden persönlicher Beziehungen und Abhängigkeiten weit verbreitet waren.⁵⁰ Dem entsprachen Vorwürfe des Machtmissbrauchs, der Bürokratie und der Bildung persönlicher Seilschaften, mit denen viele leitende Kader attackiert wurden. An ihre Stelle rückte eine neue Führungsgeneration von Absolventen der neu aufgebauten Akademien und technischen Hochschulen.

Dem Wesen nach hatte die Parteisäuberung die Enthauptung der alten, bolschewistischen Revolutionspartei Lenins zur Folge. Von den fast 2000 Delegierten des 17. Parteitags 1934 wurden nur noch 35 zum folgenden 18. Parteitag 1939 gewählt; die Mehrheit der 139 Mitglieder und Kandidaten des ZK von 1934 überlebte die Jahre 1937 und 1938 nicht, und von den 15 Mitgliedern des Politbüros von 1934 standen 1939 nur noch 7 zur Wiederwahl an. Als Folge der Säuberung verschwanden die bisherigen Parteiflügel - wenngleich nicht der Nährboden, der sie hervorgebracht hatte -, und entstand unter dem fortbestehenden Organisationsmantel der KPdSU faktisch eine neue Partei.

8. Der "große Terror" und der Krieg

Die andere und weitaus mehr Menschen erfassende Verfolgungswelle fand von Mitte 1937 bis November 1938 aus Anlass des drohenden Kriegs statt. Da sie sich zeitweise mit dem Höhepunkt der Parteisäuberung überschneidet, fällt es um so schwerer, beide auseinander zu halten.

⁴⁹ John Scott: "Jenseits des Ural"; Erinnerungen eines Amerikaners, der von 1932 bis 1937 in Magnitogorsk arbeitete; in: Altrichter/Haumann 1987, S. 430

⁵⁰ vgl. Sheila Fitzpatrick: "Intelligentsia and Power. Client-Patron Relations in Stalin's Russia"; in: Hildermeier 1998 (Stalinismus), S. 35

In den Jahren zuvor hatte die sowjetische Regierung eine Politik der Versöhnung gegenüber den ehemaligen Kulaken betrieben. 1935 und 1936 lief die im Gesetz vorgesehene Verbannungsfrist für Hunderttausende von Kulaken ab, die 1930 und 1931 aus ihren Dörfern ausgewiesen worden waren – mitsamt Familie ein Personenkreis von mehreren Millionen Menschen.⁵¹ Sie erhielten jetzt ihre staatsbürgerlichen Rechte zurück. Zwar blieb es ihnen untersagt, in ihre alten Dörfer zurückzukehren, um nicht die mühsam stabilisierten Kolchosen zu gefährden, viele taten es aber trotzdem. Sie beanspruchten ihr Eigentum zurück, und teils gelang es ihnen sogar, ihren früheren Einfluss im Dorf wieder herzustellen. "Der Schatten des Kulaken fiel während der gesamten dreißiger Jahre auf das Dorf".⁵²

Ebenfalls 1935 wurden die unter fünfjährigen Vorstrafen aller Kolchosbauern gelöscht, so dass Hunderttausende von den damit verbundenen rechtlichen Einschränkungen befreit wurden. Außerdem wurden die Aufnahmebeschränkungen für die Zulassung zu Hoch- und Fachschulen aufgehoben, die sich aus der sozialen Herkunft der Studienbewerber ergaben. "Viele Fakten lassen darauf schließen, dass die Stalinsche Führung in dieser Zeit tatsächlich darauf hoffte, eine 'Versöhnung' innerhalb der Gesellschaft und gewisse soziale Stabilität durch 'Befriedung' zumindest eines Teils jener Bevölkerungsschichten zu erreichen, die in den vergangenen Jahren Diskriminierungen und Repressalien ausgesetzt waren."⁵³

Jetzt fand diese Politik ein Ende. 1936 war die Reichswehr in das entmilitarisierte Rheinland einmarschiert, der spanische Bürgerkrieg begann, und im September d.J. verkündete die nationalsozialistische Staatsführung den deutschen Vierjahrplan, der Wirtschaft und Wehrmacht binnen vier Jahren kriegsbereit machen sollte. Der Jahresverlauf zeigte, dass Europa auf einen neuen großen Krieg zusteuerte.

Ausgangspunkt der neuen Verfolgungen war das ZK-Plenum vom Februar-März 1937. "Das von der Plenartagung überlieferte Stenogramm und einige andere Dokumente belegen, dass die Organisatoren des großen Terrors" neben einer "Revolution der Kader ... angesichts des sich abzeichnenden Krieges die Vernichtung einer potentiellen 'fünften Kolonne'" beabsichtigten.⁵⁴ Die zugrunde liegende Einschätzung war einfach: Revolution, Bürgerkrieg und Kollektivierung - alles Ereignisse, die noch nicht lange zurück lagen - hatten ganze Bevölkerungsgruppen, die ihre vorherige gehobene soziale Stellung verloren hatten, zu entschiedenen Gegnern des Arbeiterstaats gemacht. Die Versöhnungspolitik hatte nicht lange genug gedauert, um bei ihnen eine neue Loyalität zu erzeugen. Deshalb bestand die Gefahr, dass diese Schichten in einem künftigen Krieg auf die Seite des Feindes traten.

⁵¹ Chlewnjuk, S.203

⁵² Sheila Fitzpatrick nach: Chlewnjuk, S.261 f

⁵³ Chlewnjuk, S. 209

⁵⁴ Chlewnjuk, S. 250

Insgesamt standen "drei Bevölkerungsgruppen, die als Nährboden einer potentiellen 'fünften Kolonne' angesehen wurden", im Zentrum des Großen Terrors: ehemalige Kulaken, andere "antisowjetische Elemente" und Kriminelle.⁵⁵ Unter der Bauernschaft waren in erster Linie die aus der Verbannung zurückgekehrten Kulaken das Ziel. Daneben traf es ehemalige zaristische Beamte, Weißgardisten, Mitglieder zerschlagener Parteien (Sozialrevolutionäre, georgische Menschewiken und andere) sowie früher ausgeschlossene KP-Mitglieder, die aufgrund ihrer politischen Erfahrungen und Kenntnisse als besonders gefährlich galten. Das Politbüro legte Zahlenkontingente von Personen fest, die zu deportieren oder – im Falle einer besonders feindlichen Einstellung zur Sowjetmacht – zu erschießen waren. Zur Umsetzung wurden örtliche "Troikas" aus dem örtlichen Parteisekretär, Staatsanwalt und dem zuständigen NKWD-Offizier eingesetzt. Sie erhielten das Recht, Urteile einschließlich Todesurteile zu fällen und ohne Berufungsmöglichkeit sofort vollstrecken zu lassen. Bis zu 2,5 Millionen Verhaftungen fanden statt, von denen nach den Statistiken des NKWD 680.000 Menschen hingerichtet wurden.⁵⁶

Wagner ficht der bevorstehende Krieg nicht an; er erklärt das Argument der Kriegsvorbereitung für "zweifelhaft", ohne sich der Mühe einer Begründung zu unterziehen. Dabei hätte ein Blick in die von Chlewnjuk vorgenommene Auswertung der Beschlüsse des Politbüros genügt, um zweifelsfrei festzustellen, dass der entscheidende Grund für den "Großen Terror" von 1937/38 in der Tat die Ausschaltung einer befürchteten "fünften Kolonne" im Blick auf den Krieg war.⁵⁷ Nach den Maßstäben einer entwickelten Gesellschaft waren die Methoden, die dabei zur Anwendung kamen, barbarisch, und sich heute davon zu distanzieren, ist wohlfeil. Ein begründetes Urteil über die Stalin-Zeit setzt jedoch nicht nur eine Vertiefung der Forschung voraus, sondern hat auch Russland in seiner Zeit zu berücksichtigen: ein barbarisches Riesenland, technisch und kulturell 50 bis 100 Jahre hinter den kapitalistischen Ländern zurückgeblieben, international isoliert innerhalb einer feindlichen Umwelt, das von der Oktoberrevolution und dem Bürgerkrieg bis zur Kollektivierung und Industrialisierung in dem gesellschaftlichen Ausnahmezustand einer Revolution in Permanenz lebte und ab 1937 zusätzlich unter dem Druck der Kriegsvorbereitung stand.

Diese Diskussion, die sich auf die konkreten Bedingungen der geschichtlichen Entwicklung einlassen müsste, führt Wagner nicht. Er erklärt das erneute Vorgehen von 1937/38 gegen ehemalige Kulaken für einen weiteren Beweis, "wie wenig die kollektive Agrarordnung gesichert war". D.h., es ist für ihn eine direkte Folge der verfehlten Kollektivierung von 1929/30 und unterstreicht deren verbrecherischen Grundcharakter. In diesem Bild hat die vor 1937 praktizierte Versöhnungspolitik naturgemäß keinen Platz, deshalb verschweigt er sie dem Leser gnädig.

⁵⁵ Chlewnjuk, S. 270

⁵⁶ Hildermeier 2001, S. 43

⁵⁷ Chlewnjuk, S. 256 – 259

9. Ein unterschiedlicher Zugang zur Geschichte

Im Bemühen, seinen Gegensatz zu Karuscheit auf den Punkt zu bringen, schreibt Wagner gegen Ende seines Artikels: "Wir haben einen unterschiedlichen Zugang, Geschichte marxistisch zu bewerten und zu analysieren." Die Bemerkung über unsere gegensätzliche Herangehensweise trifft in jeder Hinsicht zu, angefangen mit der von ihm favorisierten Reihenfolge von Bewertung und Analyse.

Seine Beschränkung auf die Oberfläche der Dinge führt ihn auf dieselbe Ebene wie die Mehrzahl der Kritiker Stalins - bürgerliche Historiker ebenso wie Chruschtschow, der auf dem 20. Parteitag 1956 die Opfer Stalins beklagte, aber keinen Satz über die gesellschaftspolitischen Hintergründe verlor. Auch die meisten Kritiken aus trotzkistischer Richtung, als letztes die Ende der 90er Jahre erschienenen, völlig unpolitischen Bücher von Vadim Z. Rogovin über das "Jahr des Terrors" und "die Partei der Hingerichteten", verfahren so. Die Gründe, die auf dieser Ebene für die Verfolgungen angegeben werden, beschränken sich auf Stalins Persönlichkeit. Einmal ist es seine Machtgier, ein andermal sein blutrünstiger Charakter, krankhaftes Misstrauen und Verfolgungswahn, oder die Rachsucht eines mediokrinen Bürokraten gegenüber dem intellektuell überlegenen Trotzki.

Eine spezielle Variante macht auch den Bolschewismus bzw. Marxismus als solchen verantwortlich, der in Stalin seinen bluttriefenden Vollstrecker gefunden haben soll. Bei Wagner sind doktrinäre Verformungen, bedingt durch eine jahrzehntelange Tätigkeit als Berufsrevolutionär, ursächlich für Terror und Verbrechen. Wie auch immer die jeweilige Spielart aussieht – das konkrete Gesicht der Klassen und ihre Einwirkung aufeinander spielt in diesen Interpretationen so wenig eine Rolle wie die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Die Position Stalins hierzu kennt man nicht und will sie auch gar nicht zur Kenntnis nehmen, geschweige denn dass man in der objektiven Bewegung der Klassen einen Ansatzpunkt der Erklärung suchen würde.

Eine andere Herangehensweise zeichnet die sog. "Revisionisten" aus, sozialwissenschaftlich orientierte Historiker vor allem aus den USA, die seit den 70er Jahren den Versuch unternommen haben, die um Stalin zentrierte Personengeschichtsschreibung durch sozial fundierte Forschungen zu "revidieren".⁵⁸ Leider hat die (teilweise) Öffnung der Archive bislang vor allem die traditionelle Geschichtsschreibung begünstigt, der sie Gelegenheit gab, die Oberfläche der Ereignisse detaillierter darzustellen.

Substantiell neue Erkenntnisse sind im letzten Jahrzehnt nicht gewonnen worden, und das hat nicht nur mit der Tatsache zu tun, dass nach wie vor nicht alle Archive frei zugänglich sind. Neben den wünschenswerten sozialen Analysen fehlen auch andere wichtige Untersuchungen. Die Kommunismustendenzen,

⁵⁸ Überblick s. Hildermeier 2001, Plaggenborg, S. 20-26

die sich durch die Geschichte der Sowjetunion ziehen, bis sie 1961 unter Chruschtschow zum Kommunismusprogramm des 22. Parteitag führten, sind vollständig unerforscht; eine brauchbare Darstellung der Parteiflügel in den 30er Jahren existiert nicht; die Geschichte des NKWD, in dessen Aufgabenzuweisung, Organisationsänderungen und Führungswechsel sich die entscheidenden Jahre widerspiegeln, muss noch geschrieben werden - und damit sind nur drei aus einer Liste wünschenswerter Aufgaben genannt.

Bei alledem ist der ausschlaggebende Maßstab für den Marxismus nicht der Überbau. Trotz aller Fragen, die weiterhin der Lösung harren, muss man festhalten, dass es auf Basis der unter Stalin geschaffenen Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte möglich war, den Sozialismus weiter aufzubauen; dabei waren auch die innen- und rechtspolitischen Zustände zu zivilisieren. Dagegen griff die Kommunismuspolitik des mit Chruschtschow an die Macht gelangten Parteiflügels so in die Produktionsverhältnisse ein, dass der weitere Weg nach vorne abgeschnitten wurde. Auch insoweit hat Kolja Wagner recht, wenn er einen unterschiedlichen Zugang zur Geschichte konstatiert. Es ist der Unterschied, der den Marxismus von bürgerlicher Geschichtsbetrachtung trennt.

Oktober 2004

Literatur:

- Helmut **Altrichter**: Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917-1991, Beck, München **1993**
- Helmut **Altrichter** und Heiko **Haumann** (Hrsg): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, Band 1: Staat und Partei, dtv-Dokumente, München 1986; Band 2: Wirtschaft und Gesellschaft, München **1987**
- Oleg W. **Chlewnjuk**: Das Politbüro. Mechanismen der politischen Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburger Edition, Hamburg **1998**
- Manfred **Hildermeier** (Hrsg): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung. Oldenbourg, München **1998**; zitiert als: **Hildermeier 1998 (Stalinismus)**
- Manfred **Hildermeier**: Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates; Beck, München **1998**; zitiert als: **Hildermeier 1998 (Geschichte)**
- Manfred **Hildermeier**: Die Sowjetunion 1917-1991. Oldenbourg Grundriss der Geschichte, München **2001**
- Stefan **Plaggenborg** (Hrsg): Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, Berlin-Verlag **1998**
- Josef **Stalin**, Werke Band 1-13, Dortmund o.J. (Raubdruck)

- Josef **Stalin**: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR; in: Probleme des wissenschaftlichen Sozialismus Band 1, Roter Druckstock, Frankfurt/Main **1972**

Fritz Gött

Das kapitalistische Produktionssystem ruiniert die Gesundheit und das Leben der werktätigen Bevölkerung.

Literaturhinweise

„Unterteilt man die Bevölkerung in fünf Einkommensgruppen und vergleicht die **Lebenserwartung**, so zeigen sich krasse Unterschiede: Das obere Fünftel lebt im Schnitt zehn Jahre länger als das unterste Fünftel“, so dozierte der frisch gebackene SPD-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach in der ‚Zeit‘ (vom 3.Nov.2005/S.24). Auf den ‚Vorschlag‘, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen reagierte er dann so: „’ Zum jetzigen Zeitpunkt übersteigt die Lebenserwartung der Einkommensschwachen die Grenze von 67 Jahren nur um wenige Jahre‘, ... Es sei kaum bekannt, dass in Deutschland einkommensstarke Männer im Durchschnitt 12 Jahre länger lebten als einkommensschwache. ’Insofern habe ich die Sorge, dass mit der Rente ab 67 für diese Einkommensgruppen der Rentenbezug im Durchschnitt um ein Drittel verringert, für einige sogar halbiert wird. Daher sehe ich noch Diskussionsbedarf.“ (Tagesspiegel, 30.1.06, S. 4)

Der Mann gibt sich naiv: Das Kabinett der Großen Koalition beschloss die stufenförmige Anhebung des Renteneintrittsalters. Es will nicht diskutieren, sondern im Interesse der Kapitalistenklasse handeln. Die ‚taz‘ könnte also mit ihrem Kommentar (2.Feb.2006, S.11) recht behalten: „Bei einer Rente mit 67 werden viele Arbeitnehmer ihren Ruhestand kaum noch erleben. Die Statistik über die Lebenserwartung täuscht, solange sie nur als Durchschnittswert erhoben wird. Tatsächlich stirbt das einkommensschwächste Viertel früher. Bei den Männern beträgt der Unterschied etwa 10 Jahre, bei den Frauen sind es fünf. Steigt das Rentenalter, werden die Armen noch weniger von den Beiträgen profitieren, die sie jahrzehntelang eingezahlt haben. Offiziell gilt die Rentenversicherung als Generationsvertrag: Die Jungen unterstützen die Alten. Doch diese Sicht ist geschönt. Tatsächlich alimentieren die Jungen fast nur die Rentner der Mittel- und Oberschicht. Die Rentenversicherung ist insgeheim ein Mittel, um die Unterschichten auszuplündern. Kühl wird mit ihrem Tod kalkuliert; erwünscht sind sie nur als Beitragszahler. Dieser Trend wird sich nun verstärken...“.

In der ‚Fachwissenschaftlichen Diskussion‘ wurden Lauterbachs Thesen zur Lebenserwartung (und seine oft divergierenden Zahlen) übrigens zurückhaltend aufgenommen. Zur Kritik hieß es: Seine Datenbasis sei zu schmal (was wohl stimmte), seine Aussagen seien zu ‚zugespitzt‘. Nun hat Rembrandt Scholz (et al) vom Max-Plank-Institut für Demografische Forschung in Rostock eigene Zahlen zur Lebenserwartung von Männern vorgelegt. Er konnte dabei auf das

Zahlenmaterial des Forschungsdatenzentrums der Deutschen Rentenversicherung zurückgreifen, somit alle Männer in den Blick nehmen, die eine gesetzliche Rente beziehen. Seine Thesen sind zwar schwächer als die von Lauterbach, aber nicht weniger explosiv:

„Armut verkürzt das Leben, allerdings nicht in so starkem Maß, wie Karl Lauterbach annimmt. Die Lebenserwartung eines Mannes mit niedriger Rente ist nach Scholz' Studie knapp fünf Jahre geringer als die eines Mannes mit sehr hoher Rente. Anders ausgedrückt: Ein 65-Jähriger, der in seinem abgelaufenen Arbeitsleben wenig verdient und wenig in die Rentenkasse eingezahlt hat, lebt durchschnittlich noch 14 Jahre; ein Gleichaltriger mit ehemals hohem Einkommen und hoher Rente hat eine weitere Lebenserwartung von 19 Jahren. ... Scholz und seine Kollegen konnten mit ihren Daten nach weiteren Unterschieden suchen. So stellten sie fest, dass Angestellte im Schnitt zwei Jahre länger leben als Arbeiter; auch derjenige, der privat krankenversichert ist, lebt statistisch fast drei Jahre länger. Überrascht waren die Wissenschaftler über eine Parallele: Zwischen ost- und westdeutschen Rentnern fanden sich nur sehr geringe Unterschiede – trotz sehr verschiedener Arbeitsbedingungen im ostdeutschen Realsozialismus und westdeutscher Marktwirtschaft. Auf die Sterblichkeit schien dies keinen Einfluss zu haben.“ (SZ, 12.5.2006, S.10)

Feststellungen ändern nichts an der Welt. Sagen wir es konkret: Die alte Volksweisheit ‚Weil Du arm bist, musst Du früher sterben‘, hat einen harten Kern. Wer nicht früher ins Grab wanken will, muss sich schon im Klassenkampf engagieren. Der Sozialismus ist nicht nur historisch, sondern auch ganz pragmatisch die Alternative.

Tod und **Krankheit** sind nicht einfach Naturphänomene. Sie tragen auch (natürlich nicht nur) den Stempel gesellschaftlicher Realitäten. Für die Untersuchung gilt da das Wort des Sozialhygienikers Alfred Grotjahn: „Nicht nur entstehen viele Krankheiten primär aus sozialen Ursachen, sondern ungleich mehr werden sekundär durch begleitende soziale Nebenumstände in ihrem Verlaufe entweder günstig oder ungünstig entscheidend beeinflusst. Am zweckmäßigsten hält sich deshalb die ursächliche Betrachtung an folgendes Schema: 1. Die sozialen Verhältnisse schaffen oder begünstigen die Krankheitsanlage. 2. Die sozialen Verhältnisse sind die Träger der Krankheitsbedingungen. 3. Die sozialen Verhältnisse vermitteln die Krankheitserregung. 4. Die sozialen Verhältnisse beeinflussen den Krankheitsverlauf. Die Einwirkung der sozialen Verhältnisse ist wieder verschieden nach der Stabilität und Qualität der allgemeinen sozialen Lage. Letztere ist zu unterscheiden nach der Art der Ernährung, der Wohnung, der Kleidung, der Arbeit, des Lebensgenusses, der Kinderaufzuchtbedingungen und der Volksbildung.“ (A. Grotjahn: Soziale Pathologie. Berlin: 1912/ 1923, Neube. Aufl., S.18)

Heute gibt es viele Statistiken zur **Volksgesundheit**, jedoch, wie die SZ (vom 30.Nov.05, S.10) am Beispiel der so genannten ‚Volkserkrankungen‘ notierte, weniger objektivierte Daten. Auch der offizielle Krankenstand in Deutschland,

oder die amtliche Unfallstatistik ist kein wirklicher Indikator für die Volksgesundheit, da, wie auch bürgerliche Kommentatoren eingestehen, viele Krankheiten von den Betroffenen selber aus Furcht vor Arbeitsplatzverlust verschleppt, heruntergespielt oder verschleiert werden. Dazu kommt die ‚Unlust‘ der herrschenden Klasse die Verhältnisse transparent zu machen. Sorgfältige Recherchen für unseren Kampf (und die daraus abzuleitenden Forderungen) sind also angebracht. Ein Blick in die Arbeiten bürgerlicher Autoren kann da nicht schaden (siehe oben); die kritische Sichtung ihrer Werke aber auch nicht. Es gehört mit zu den Aufgaben der Kommunisten die statistische Spreu vom Weizen zu trennen und Tatsachen sprechen zu lassen. Uns fehlt dabei so etwas wie die aktuelle Neufassung der Untersuchung ‚Über die Lage der arbeitenden Klassen in Deutschland‘, in der sich auch die gewandelte Gestalt der deutschen Gesellschaft nach dem Fall der Mauer wieder findet. Wer packt sie an?

Neue Literatur zur Sozial- und Arbeitsmedizin

Die **Arbeitsbedingungen** in Deutschland spielen eine gewichtige Rolle im Ursachengefüge der Krankheiten. So sieht es auch die I.G. Metall. Allerdings stellt sie in ihrer Aufklärungs-Kampagne ‚Gute Arbeit‘ nur ‚ungute‘ Arbeit für Gesundheitsrisiken in der Arbeits- und Lebenswelt an den Pranger. Als vollziehe sich die krankmachende Arbeit hier und heute nicht unter kapitalistischem Kommando und nach Profigesichtspunkten. Sicher: Arbeit kann krank machen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen auch immer. Krankheiten aber, die vermeidbar sind, aber der Profitproduktion und dem Herrschaftsinteresse des Kapitals geschuldet, sind ein Verbrechen an der Arbeiterklasse und am Volk. Das sollte man klar stellen und die Fakten gewichten. Hier macht eben Arbeit und Dasein unter kapitalistischen Bedingungen krank und nicht der ‚Stoffwechsel von Mensch und Natur‘.

Trotz meiner Kritik an der IG-Metall-Kampagne zur Krankheitsprävention am Arbeitsplatz lohnt es, die Begleit-Materialien der Gewerkschaftsinitiative (bzw. des VSA-Verlags) zu studieren. Studieren, nicht einfach einzusehen. Man lernt viel über die blutigen Hände des Kapitals und die gesellschaftlichen Realitäten (auch wenn das keine Absicht der Gewerkschaftsführung war); man kann Arbeitshilfen zur Vorbeugung von Erkrankungen ziehen; kann argumentative Munition gegen das Profitsystem sammeln... Die kapitalistische Produktionsweise ist eben, wie Karl Marx zu Recht feststellte, „weit mehr als jede andere Produktionsweise, eine Vergeuderin von Menschen, von lebendiger Arbeit, eine Vergeuderin nicht nur von Fleisch und Blut, sondern auch von Nerven und Hirn“. (Das Kapital, Bd. III, S. 99, Dietz-Verl., Berlin: 1971) Beweisen wir es.

Unsicherheit und Veränderung gehören zum Wesen der kapitalistischen Produktionsweise. Jede Facette des gesellschaftlichen Seins kann dabei zum Katalysator einer individuellen Erkrankung werden. Kein Wunder, dass in Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation nun auch die Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen Fol-

gen zum Forschungsobjekt wird. Da liest man: „Die Erfahrung, seinen **Arbeitsplatz zu verlieren**, kann dramatische gesundheitliche Folgen nach sich ziehen.“ Der Preis für die überfällige Herrschaft des Kapitals ist hoch.

Hatten wir in der AzD Nr. 64/Mai 1997, S.103, über den damaligen Stand linker und fortschrittlicher **Veröffentlichungen** zur Sozial- und Arbeitsmedizin berichtet, so können wir an dieser Stelle auf einige **Neuerscheinungen** verweisen:

- Gine Elsner (Hrsg.): Leitfaden Arbeitsmedizin. Ein Handbuch für Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschafter. Hamburg: VSA-Verl., (2. aktual. Aufl.), 1998
- Ulrike Teske/Bernd Witte (Hrsg.): Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen. Hamburg: VSA-Verl., 2000
Band 1: Arbeitsbedingungen, -belastungen und Gesundheitsrisiken.
Band 2: Gesundheitliche Auswirkungen und Erkrankungsschwerpunkte.
Band 3: menschengerechte Arbeitsgestaltung – Bedingungen und Chancen.
- K. Pickshaus/H.Schmitthenner/H.-J. Urban (Hrsg.): Arbeit ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik. Hamburg: VSA-Verl., 2001
- K. Dörre/K. Pickshaus/R. Salm: Re-Taylorisierung. Arbeitspolitik contra Marktsteuerung. Hamburg: Supplement der Zeitschrift Sozialismus 9/2001
- W. Hien/Ch. König/D.Milles/R. Spalek: Am Ende ein neuer Anfang? Arbeit, Gesundheit und Leben der Werftarbeiter des Bremer Vulkan. Hamburg: VSA-Verl., 2002
- Juhani Iimarinen/Jürgen Tempel: Arbeitsfähigkeit 2010. Was können wir tun, damit wir gesund bleiben? Hamburg: VSA-Verl., 2002
- Jahrbuch für Kritische Medizin. 39 . Arbeit und Gesundheit. (Hrsg. M.Essers u.a.). Hamburg: Argument-Verl., 2003 . (Div. Autoren)
- Jürgen Peters/Horst Schmitthenner (Hrsg.): gute arbeit Menschengerechte Arbeitsgestaltung als gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe. Hamburg: VSA-Verl., 2003
- IGM Projekt Gute Arbeit/Vorstand: Schwarzbuch. Krank durch Arbeit. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr. Frankfurt/M.: Jan. 2005
- Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung. 16.Jg., Nr.63, Sept.2005 . darin: K. Dörre/T. Fuchs: Prekarität und soziale (Des-)Integration. (S.20-35); K. Michelsen/K. Mosebach: Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Armut und zunehmende soziale Ausgrenzung verringern Teilhabe- und Verwirklichungschancen. (S.36-50); K. Priester/J. Reusch: Die Arbeitswelt von heute – Belastungswandel, gesundheitliche Folgen, Interventionsbedarf. (S.51-71)
- Gehirn & Geist. Nr. 12/2006 . darin: Alois Wacker: Psyche im Abschwung. Arbeitslosigkeit und Stellenunsicherheit haben sich in Deutschland zu einem Massenphänomen entwickelt. Höchste Zeit, die seelischen Probleme der Be-

troffenen genauer unter die Lupe zu nehmen. (S. 64-69); Thomas Kieselbach: Job weg – und nun? (S. 70-71)

- H.Berth, P.Förster, Y.Stöbel-Richter, F.Balk, E.Brähler: Arbeitslosigkeit und psychische Belastung. Ergebnisse einer Längsschnittstudie 1991 bis 2004. in: Zeitschrift für Medizinische Psychologie. Jg.15/ Nr.3, 2006, S.111-116

Fritz Gött

Nachrichtentransfer aus der fließenden Welt.

Aktuelle Auseinandersetzungen zur Evolutionstheorie

In der Natur geht es dialektisch zu. Marx und Engels haben sich ein Leben lang für die Erkenntnisse der Naturforschung interessiert. Sie haben die Rezeptionsgeschichte der Naturwissenschaften verfolgt. Es ging ihnen um die Fundierung der materialistischen Weltanschauung und die Erziehung der Arbeiterklasse. - Heute ist man schon froh, einen Marxisten / einen Linken zu treffen, der etwas von der ‚Dialektik der Natur‘ bzw. der Naturwissenschaften gehört hat. Dabei bietet der Buchmarkt doch einiges. (1) Egal, dieser Typus aus der Linken ist Politiker, Ökonom oder sonst was, kurz er ist ein ‚Bereichsmarxist‘, aber in dieser Beschränktheit kein umfassender Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus; kein gebildeter Marxist und Propagandist. Das muss sich ändern - will man die Deutungshoheit in Natur und Gesellschaft nicht den Anderen überlassen. Eigentlich hätte das vor Jahren in Deutschland populär gewordene New Age, diese eklektisch zusammengelahene esoterisch-wissenschaftliche Bewegung, Marxisten für die weltanschauliche Debatte sensibilisieren müssen. Jetzt schwappt über den Großen Teich das ‚Intelligent Design‘, und wieder hält man still. So verliert man unnötig Boden.

Naturwissenschaftliche Evolutionstheorien

In der FAZ fand sich folgende Rezension unter dem Titel ‚Die andere **Evolution**. Über den **Ursprung des Lebens**.‘(2): "Vor der Evolution der Organismen muß eine andere Evolution stattgefunden haben – die der Moleküle. Über diese Vorgänge, die in der Entstehung des Lebens gipfelten, wissen wir recht wenig. Es gibt eben keinen Darwin der chemischen Evolution. Von den Bemühungen, wissenschaftliche Antworten auf die Fragen nach dem ‚Woher‘ des Lebens zu finden, handelt ein neues Buch des Biochemikers Horst Rauchfuß. Einem kurzen historischen Überblick folgt ein Exkurs in die Kosmologie, denn ‚die Wiege der Chemie liegt in den Sternen‘, wie aus einem Lehrbuch zitiert wird. Der Autor geht dabei auch auf neue Erkenntnisse ein, wie sie etwa bei Weltraummissionen zu Nachbarplaneten der Erde und ihren Monden sowie zu Kometen gewon-

nen wurden. Mit diesem ausgestattet, kann sich der Leser den folgenden, fachlich durchweg höchst anspruchsvollen Ausführungen zuwenden. Neben der ‚Protein-Welt‘ und der ‚RNA-Welt‘ werden zahlreiche weitere Theorien und Hypothesen erörtert, und das stets mit der gebotenen Distanz. Im abschließenden Kapitel geht es um Astrobiologie, jenen von der Nasa massiv geförderten Wissenschaftszweig, der von der Kosmochemie bis zur Erforschung möglicher Lebensspuren auf dem Mars und anderen Himmelskörpern reicht." (3)

Hätte eine derartige Rezension nicht auch in der linken Presse stehen müssen - und sei es als Zitat? Sicher, das Buch wendet sich an ein wissenschaftlich interessiertes Publikum. Arbeiter - mit einfacher Bildung - werden es schwerlich lesen können. Sozialisten, mit der entsprechenden Fachausbildung, müssten seine Inhalte aufnehmen, gegebenenfalls kritisch hinterfragen, das Ganze in eine verständliche Sprache übersetzen und dazu noch in der (zersplitterten) linken Presse unterbringen. Ja, wenn sie dem Problem der Weltanschauung, der Erkenntnis und der Weltveränderung wieder mehr Aufmerksamkeit schenken wollten.

Früher, als es noch eine lebendige, kommunistische Bewegung gab, war es selbstverständlich, dass der marxistische Intellektuelle an der Propagierung naturwissenschaftlicher Erkenntnisse beteiligt war. Einige standen sogar mit an der Spitze ihrer Erstellung. Ich erinnere nur an Namen wie: den Biologen J.B.S. Haldane (4), den Biochemiker A.I. Oparin (5), den Physiker und Kristallographen J.D. Bernal (6) usw. Als Forscher und Populärwissenschaftler wollten sie nicht einfach Bildung vermitteln. Es galt Wissenschaft in einer Art und Weise zu verbreiten, die immun machte gegen Aberglauben und obskurantistische Propaganda. Das war ‚klassische‘ Aufklärung im besten Sinne. Die Verbreitung von Wissen, die Verankerung des wissenschaftlichen Sozialismus. Da müssen wir wieder hin.

Ein Schuss ins Knie ...

Es gibt jedoch auch Fehlschüsse. Zum Hintergrund: In den USA tobt derzeit ein Kulturkampf besonderer Art. Die (Darwinsche) **Evolutionstheorie** wird – wieder einmal - **in Frage gestellt**. Waren es ‚einst‘ die klassischen **Kreationisten**, so gesellt sich zu ihnen noch eine andere Truppe: die Theoretiker des ‚**Intelligent Design**‘ (**ID**). Ihr Credo: Eine richtende Intelligenz sei bei jedem Schritt der Natur im Spiel. Zwar wird hier der Begriff Gott vermieden, der christliche Gott wird jedoch als intelligenter Designer, als stetiger Gestalter im Naturgeschehen wieder ins Bewusstsein eingeschmuggelt. Die Grenze von (christlicher) Religion und Wissenschaft wird verwischt, soll verwischt werden. Die Darwin’sche Theorie wird abgelehnt. Das Etappenziel der Bewegung ist klar: Sie möchte das ID gleichberechtigt neben der Darwin’schen Evolutionstheorie im staatlichen Biologieunterricht gelehrt wissen. Immerhin sei das ID eine Alternative zur Irrlehre des Darwinismus.

Die modernen ‚Neokreationisten‘ haben mächtige Fürsprecher in den USA. Der ‚wiedergeborene‘ Christ George W. Bush, seines Zeichens Präsident der USA, zählt zu ihnen. Sein Plädoyer: "Wenn sie mich fragen, ob die Menschen mit den verschiedenen Ideen konfrontiert werden müssen, lautet die Antwort: Ja. Nur so können sie verstehen, worum es in der Debatte geht." (7) Dieses Plädoyer hat mit Liberalität wenig zu tun. So jubelte das Discovery Institute, das selber an vorderster Front an der Entwicklung der ID-Idee beteiligt ist: "Wir interpretieren, dass der Präsident seine Kommandoposition nutzt, um die Freiheit der Forschung und die freie Rede über die Frage des biologischen Ursprungs zu unterstützen. Das kommt genau zur rechten Zeit, weil viele Wissenschaftler diskriminiert werden, sobald sie mit der darwinschen Orthodoxie brechen." (8) Der Streit um die Etablierung des ID bzw. des klassischen Kreationismus beschäftigt immer wieder die amerikanischen Gerichte. - Das ID hat gleichwohl einflussreiche Gegner in den USA: das liberale Bürgertum.

Auch in Europa versucht das ID Boden zu gewinnen. Der britische Premierminister Blair gilt als verschämter Sympathisant des ID. Warum? "Das Emmanuel City Technology College ... ist nichtstaatlich und darf daher Schüler gemäß ihrer Leistung auswählen, doch die private und öffentliche Finanzierung erlaubt es ihr, keine Gebühren zu erheben. Seit März (2002, d.V.) sieht sich die britische Regierung jedoch einem peinlichen Problem gegenüber. Der private Sponsor der Schule ... ist ein evangelikaler Christ, dem es gelingen konnte, seine Ansichten zur Evolution in den Lehrplan des Colleges einzubringen: Ein fundamentalistischer Kreationismus amerikanischen Stils wird in einer von Steuergeldern mitfinanzierten Schule gelehrt. Der landesweite Lehrplan verpflichtet Schulen zwar, die Evolutionslehre zu unterrichten, verbietet jedoch nicht den Unterricht einer Schöpfungslehre. Am Emmanuel College können daher Darwins Evolutionslehre und göttliche Schöpfung als gleichberechtigte Theorien dargestellt werden. ... In einer Fragestunde des Parlaments weigerte sich Tony Blair, die Schule zu kritisieren und wies auf die von ‚Ofsted‘ (der engl. Schulaufsichtsbehörde, d.V.) dokumentierte gute Leistung der Einrichtung hin.

Einige Beobachter fragen sich, ob der bekanntlich sehr gläubige Blair etwa selbst kreationistische Sympathien habe. Aber weder Blair noch seine Mitarbeiter sind bereit, darüber Auskunft zu geben. Der bedauernswerte Zustand des staatlichen britischen Schulsystems hat in den vergangenen Jahren die Labour-Regierung die Vorzüge religiös ausgerichteter Privatschulen erkennen lassen ... Nun steht die britische Schulpolitik vor den Folgen dieser Entscheidung: Sie muß klären, welche Formen des religiösen Unterrichtes akzeptabel sind und welche nicht. Zahlreiche Wissenschaftler und Wissenschaftsorganisationen sind jedoch allem Anschein nach nicht dazu bereit, das drohende Wachstum eines antievolutionären Fundamentalismus kampflos hinzunehmen." (9)

In Deutschland gibt es eine kleine, aber wachsende Fangemeinde des ID. Sie kann sich mit akademischen Federn schmücken, eigene Propagandaforen betreiben (z.B. www.weloennig.de), schon mal einen Ministerpräsidenten auf Länder-

ebene vor den Karren spannen (ohne dass dieser dienstrechtliche Konsequenzen zu befürchten hätte), mit einem eigenem Lehrbuch aufwarten usw. Der große gesellschaftliche Durchbruch blieb jedoch aus, was den Aktivitäten keinen Abbruch tut. (10)

Die katholische Kirche reagiert zurückhaltend auf das Intelligent Design. Das ganze riecht ihr nach Sektierertum. Da ist zudem das offizielle Wort mehrerer Päpste: "1950 hat Papst Pius XII. in der Enzyklika ‚*Humanae generis*‘ die Evolutionslehre noch als "ernst zu nehmende Hypothese" bezeichnet, "die einer Erforschung und vertiefenden Reflexion würdig" sei. Mitte der neunziger Jahre verkündete Papst Johannes Paul II. dann, die Tatsache, dass zahlreiche Forscher unabhängig voneinander die Evolutionstheorie bestätigt gefunden hätten, führe dazu, sie "nicht mehr als reine Hypothese" anzusehen. Er betonte jedoch zugleich, die Überzeugung, dass der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen sei, sei "eine Achse des christlichen Denkens". Die Kirche sehe nach wie vor im Menschen "das einzige Lebewesen, das Gott um seiner selbst willen gewollt" habe." (11)

Es gibt aber auch ‚indirekte‘ Befürworter des ID in den Reihen der Kirche. 2005 schreckte der Wiener Kardinal Christoph Schönborn mit folgender Stellungnahme auf: "Evolution im Sinne einer gemeinsamen Abstammung könnte wahr sein, aber Evolution im neodarwinistischen Sinne – ein ungeleiteter, ungeplanter Prozess zufälliger Variationen und natürlicher Auslese – ist es nicht. Jedes Denksystem, das die überwältigenden Beweise für einen Plan („design“) in der Biologie leugnet oder wegerklären will, ist Ideologie, und nicht Wissenschaft". (12) Das Wort des Johannes Paul von 1996 (in Briefform), nannte er dagegen "vage und unwichtig".

Josef Ratzinger, der heutige Papst Benedikt XVI, schwieg dazu. War ihm die Attacke seines Amtsbruders recht? Vielleicht um in den USA und Lateinamerika kirchlichen Boden gutzumachen? Hält sich die Kurie nur taktisch zurück? Allerdings lässt man dem Leiter der päpstlichen Sternwarte, dem Jesuiten G. Coyne wohl freie Hand, das ID beredet anzugreifen. (13) Dieser ‚Gottesmann‘ hält Religion und die neodarwinistische Evolutionstheorie für kompatibel. Ist das auch die Meinung von Papst Benedikt XVI ? Der sagte 2006: " Seit der Aufklärung arbeitet wenigstens ein Teil der Wissenschaft emsig daran, eine Welterklärung zu finden, in der Gott überflüssig wird. Und so soll er auch für unser Leben überflüssig werden. Aber sooft man auch meinen konnte, man sei nahe dran, es geschafft zu haben – immer wieder zeigt sich: Das geht nicht auf. Die Sache mit dem Menschen geht nicht auf ohne Gott und die Sache (...) dem ganzen Universum, geht nicht auf ohne ihn. Letztlich kommt es auf die Alternative hinaus: Was steht am Anfang: die schöpferische Vernunft, der Schöpfergeist, der alles wirkt und sich entfalten lässt oder das Unvernünftige, das vernunftlos sonderbarerweise einen mathematisch geordneten Kosmos hervorbringt und auch den Menschen, seine Vernunft. Aber die wäre dann nur ein Zufall der Evolution und im letzten also doch auch etwas Unvernünftiges. Wir Christen sagen: Ich glaube

an Gott, den Schöpfer des Himmels und der Erde – an den Schöpfer Geist. Wir glauben, dass das ewige Wort, die Vernunft am Anfang steht und nicht die (...)." (14)

Die bürgerliche Welt Westeuropas ist nicht begeistert vom ID. Viele großbürgerliche Zeitungen wie die FAZ, SZ, Tagesspiegel, Zeit, usw. haben das **ID kritisiert**. Wissenschaftsmagazine, wie das ‚Spektrum‘ (15), oder ‚Bild der Wissenschaft‘ (16) schrieben gegen das ID an. Auch auf dem Buchmarkt gibt es Gegendarstellungen. (17)

Ich hätte mir in der linken Presse eine Auseinandersetzung mit dem ID gewünscht. Bis jetzt bin ich aber nur in der (von mir wenig geschätzten) ‚**Jungle World**‘ auf eine solche gestoßen. Ganze 4 großformatige Seiten hatte die Zeitschrift dem Schlagabtausch reserviert. Die Qualität der Beiträge schwankt. **Der interessanteste Aufsatz zum ID** stammt aus der Feder von **Cord Riechelmann**. (18) Daraus einige Textauszüge und ergänzende Bemerkungen von mir:

Kreationisten, so der Autor, "sind Anhänger der biblischen Schöpfungsgeschichte. Den sechs jeweils 24 Stunden dauernden Schöpfungsphasen, in denen vor 10 000 Jahren alles Leben erschaffen wurde, haben sich Forschung und Lehre unterzuordnen. Allerdings gibt es auch unter ihnen welche, die zugestehen, dass jeder Tag der Genesis eine geologische Epoche repräsentiere, die mehrere Millionen Jahre gedauert haben könnte." ... "Die Intelligent-Design-Theoretiker hingegen beziehen sich nicht auf religiöse Quellentexte. Sie arbeiten mit Argumenten aus der Informationstheorie, der SETI-Forschung (‚Search for Extraterrestrial Intelligence‘), der Künstlichen Intelligenz, der Archäologie und der Molekularbiologie. Sie unterscheiden strikt zwischen religiösen und wissenschaftlichen Texten und bestreiten weder die in der Evolutionstheorie verhandelte Dauer des geschichtlichen Naturprozesses noch die Veränderbarkeit der Arten. Nur an den Zufall glauben sie eben nicht."

"Tatsächlich sind bereits die einfachsten Lebensformen wie Einzeller auf biochemischer Ebene dermaßen komplex strukturiert, dass es wirklich nicht ganz leicht ist anzunehmen, dass durch zufällige Mutationen das eine zum anderen gekommen sei, um dann einen lebensfähigen Organismus hervorzubringen. Die Design-Theoretiker reden in diesem Fall gern von der ‚irreduziblen Komplexität‘." "In der Tat, darin sind sich auch gestandene Evolutionstheoretiker einig, gibt es in der Natur Erscheinungen, für die die Evolutionsbiologie noch keine Erklärung oder Ableitung anzubieten hat. Der Text Riechelmanns nennt Beispiele. Platzgründe hindern uns daran, sie zu zitieren. "Aus der angenommenen nicht reduzierbaren Komplexität schließen seine (die ID d.V.) Anhänger auf eben jenen intelligenten Designer, der das Leben sozusagen aus seinem Geist hinter der Materie anwirft und in Gang setzt. Die Identität des Designers lassen sie dabei offen. ... Dass bei vielen Anhängern des Intelligent Designs dabei dann doch wieder Gott herauskommt, dürfte klar sein. Zwangsläufig ist das aber nicht, und das erklärt, warum auch nicht religiöse Wissenschaftler und Deszendenztheoretiker der Idee einer intelligenten Schöpfung anhängen."

Worauf ist der Auftritt des ID in der US-Gesellschaft zurückzuführen? Da gibt es unterschiedliche Hervorhebungen der Kritiker, obwohl sich ihre historischen Erklärungsmodelle gar nicht ausschließen. Die einen sagen: "Da der Supreme Court, der Oberste Gerichtshof der USA, bereits mehrmals auf der verfassungsgemäßen Trennung von Religion und Staat beharrt und Alleingänge einzelner Bundesstaaten stets gestoppt hat, haben die Kreationisten die Strategie geändert. Sie vermeiden die Worte Kreationismus, Schöpfung und Gott und sprechen von Intelligent Design (ID). Obwohl ID als Theorie bezeichnet wird, um es mit der Evolutionslehre auf eine Stufe zu stellen, ist es keine. Es erklärt nämlich nichts und kritisiert lediglich vermeintliche Schwachstellen der Evolutionstheorie." (19)

Herr Richelmann hingegen betont einen (weniger beachteten, aber nicht von der Hand zu weisenden) Aspekt: "In gewissem Sinne reagiert diese Theorie (d.h. das ID, d.V.) auf offene Fragen, die die institutionalisierte Evolutionstheorie suspendiert und nicht diskutiert oder nicht diskutieren will. Insofern müssen die Theoreme der Intelligent Designer auch nicht unbedingt als Angriff der fundamentalistischen Christen auf die säkularisierte Gesellschaft gewertet werden. Im Gegenteil, die klassischen Kreationisten lehnen die Unterscheidung von religiösen und wissenschaftlichen Schriften strikt ab."

"Es sind gerade die offenen Fragen der Evolutionstheorie, an denen die Intelligent-Design-Theoretiker ansetzen. Wenn man ihnen argumentativ und nicht nur institutionell, wie es etablierte Universitätsprofessoren wie Kutschera und Hölldobler tun, begegnen will, sollte man auch ihre Argumente studieren und sie nicht einfach mit dem antikreationistischen Affekt abbügeln. Ebenso wenig wie sich innerhalb der Evolutionstheorie Lamarckisten, Darwinisten, Neo-Darwinisten oder Anhänger der synthetischen Evolutionstheorie Ernst Mayrs umstandslos in einen Topf werfen lassen, kann man auch die neuen Naturtheologen der kreationistischen Schule und der Intelligent-Design-Theorie über einen Kamm scheeren. Man kommt, gerade wenn man sie kritisieren will, nicht um Genauigkeit herum."

Soweit so gut. Ich gestatte mir an dieser Stelle eine Zwischenbilanz: Die Stärke des Artikels ist a) Der Unterschied zwischen den klassischen Kreationisten und dem ID (oder besser gesagt, seinen Varianten) wird herausgearbeitet; b) Die Herausforderung der Darwinschen Evolutionstheorie durch das ID wird betont, ja eine Bearbeitung der aufgezeigten Widersprüche und Schwächen der klassischen Evolutionstheorie(en) wird angemahnt; c) Die Schwachpunkte und Fehler des ID, in meinen Textauszügen nicht ausgeführt, werden hervorgehoben. - Bei all dem kann man etwas lernen. Solch gut erkundete Arbeiten wünschte man sich auch in der linken Presse.

Dann aber finden sich **Äußerungen** im Papier, **die befremden sollten**: Kreationisten, heißt es da, "sind in der Regel – wenn auch gefährliche – bornierte Deppen, die sich auf ihren Treffen in Dallas auf die Schenkel schlagen, wenn ihnen Ronald Reagan oder George W. Bush süffisant erzählen, dass die Wissen-

schaft auch ihre Probleme mit der Evolutionstheorie habe. Die Vertreter des Intelligent Design sind das nicht. Im Gegenteil". Der Kreationist als bornierter Depp: Das ist eine oberflächliche, liberale Kritik an der Religion, hier an einer orthodoxen Form derselben. Eine derartige Polemik erklärt die Wurzeln der Religion im Kapitalismus, religiöser Auffassungen sowie die Existenz des religiösen Bedürfnisses nicht materialistisch. Diese Polemik klagt das religiöse Vorurteil vom Standpunkt eines bürgerlich beschränkten Kulturträgertums an - und verspottet den religiösen Eiferer als Dummkopf.

Werfen wir einen Blick auf amerikanische Zustände: " In einer von CBS News im Oktober (2005, d.V.) in Auftrag gegebenen Umfrage gaben 51 Prozent an, sie lehnten die Evolutionstheorie ab, vielmehr habe Gott die Lebewesen in ihrer jetzigen Form geschaffen. Das Pew Research Center ermittelte im August, 38% der Amerikaner seien dafür, Kreationismus an Stelle der Evolutionstheorie in den Schulen zu lehren." (20) Neue Umfragen bestätigen das Meinungsbild. So untersuchte eine amerikanisch-japanische Forschergruppe gut 20 Jahre lang die Einstellung einer umschriebenen Gruppe amerikanischer Bürger zur Frage, "ob die Aussage ‚Der Mensch von heute hat sich aus früheren tierischen Organismen entwickelt‘ richtig oder falsch ist". Die Erhebung wurde auch auf andere Länder ausgedehnt und ein Vergleich angestellt.

Das Ergebnis liegt nun vor (‚Science‘ Bd.313, S.765). Die FAZ schreibt: "Nach zwei Jahrzehnten zum Teil heftiger öffentlicher Debatten über die Bedeutung der Evolution für die Entstehung des Menschen zeigt sich die amerikanische Öffentlichkeit noch immer in zwei annähernd gleich große Lager gespalten. Nicht einmal die Hälfte der Bürger (40 Prozent) teilen der Umfrage zufolge die Überzeugung, daß sich der Mensch durch Evolution entwickelt hat. Praktisch ebenso viele (39 Prozent) verneinen die Evolution bei der Entstehung des Menschen. Aus den Analysen ließ sich errechnen, daß die Zahl der Zweifelnden, die sich nicht sicher über die Herkunft des Menschen sind, zwischen 1985 und 2005 in den Vereinigten Staaten erstaunlicherweise stark zugenommen hat, und zwar von sieben auf 21 Prozent. Zugleich sank der Anteil der Evolutionsanhänger von 45 Prozent im Jahr 1985 auf 40 Prozent im Jahre 2005. Bei einer differenzierteren Befragung standen schließlich nur 17 Prozent zweifelsfrei zu ihrer Meinung, der Mensch sei aus der Evolution hervorgegangen." (21)

Und in Europa? "Laut einer Umfrage des schweizerischen Meinungsforschungsinstituts IHA-GfK sind auch im deutschen Sprachraum mehr als 20 Prozent der Menschen der Ansicht, dass die Evolutionstheorie falsch ist." (22) Die oben angezeigte amerikanisch-japanische Studie vertieft und differenziert das Zahlenmaterial für Europa und Japan: "Europäer und Japaner hielten deutlich mehr von der Evolution (als Amerikaner d.V.). Gut 90% der Isländer und Japaner akzeptieren die Vorstellung, daß sich der Mensch aus anderen Arten entwickelt hat. Und auch in Frankreich, Dänemark, Schweden, Spanien und Großbritannien waren 80% und mehr der Befragten für die Evolution. Deutschland

schnitt mit etwas weniger als 80% ähnlich ab. Noch weniger Anhänger der Evolutionslehre als in den Vereinigten Staaten fanden sich in der Türkei." (23)

Nicht jeder, der die Theorie Darwins ablehnt, ist ein klassischer Kreationist. Doch die Gruppe, die an der christlichen Schöpfungsgeschichte im wortwörtlichen Sinne festhält, dürfte nicht unbedeutend sein. Alles nur beschränkte Tölpel? Dann wäre ‚Dummheit‘ eine Seuche? Ist sie durch Tröpfcheninfektion übertragbar? Ist sie genetisch vererbbar? Oder bräuchte man zur Erklärung des klassischen Kreationismus sowie für sein heutiges Überleben in den USA nicht eher eine geistesgeschichtliche und gesellschaftspolitische Untersuchung der *heutigen* US-Gesellschaft? Ich verfüge über eine solche Untersuchung nicht. Daher kann ich nur ‚methodisch‘ anmerken: Die These von der angeblichen Dummheit der Kreationisten erklärt und beweist nichts. Bestenfalls illustriert sie die landläufige Meinung, dass der ‚bornierte Depp‘ hinter den aufgeklärten Christen zurückfällt, weil der ‚Depp‘ den Stand der wissenschaftlichen Diskussion vernachlässigt, oder ihn sogar ignoriert. Aber warum? Spott jedenfalls wird den Kritisierten nicht läutern, eher verbittern. Schmutz war noch nie ein gutes Argument.

September 2006

Literatur:

- 1) Friedrich Engels: Dialektik der Natur. (Erstveröffentlichung 1925), Berlin: Dietz Verl., 1961 / Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. (1878), („Anti-Dühring“) Mit Kommentar. Hrsg.: Walter Hollitscher. Frankfurt/M.: Verl. Marxistische Blätter, 1971 / Friedrich Engels über die Dialektik der Naturwissenschaft. Texte zusammengestellt und herausgegeben von B.M. Kedrow. Köln: Pahl-Rugenstein Verl., 1979
- 2) Bezieht sich auf: Horst Rauchfuß: Chemische Evolution und der Ursprung des Lebens. Berlin: Springer, 2005
- 3) FAZ, 16.11.05, S. N 2
- 4) J.B.S. Haldane: Der dialektische Materialismus und die moderne Wissenschaft (1941). Berlin Ost: Dietz Verl. 1948
- 5) A.I. Oparin: Die Entstehung des Lebens auf der Erde. Berlin: (Übers. nach der 3. veränd. Aufl.), Deutscher Verl. der Wissenschaften, 1957
- 6) J.D. Bernal: Der Ursprung des Lebens. Lausanne: 1972
- 7) George W. Bush; zitiert nach: Steve Jones: Gott pfuscht auch. Warum Intelligent Design religiös motivierter Unfug ist. in: Die Zeit./ Nr.33, 11.Aug. 2005, S. 31
- 8) Discovery Institut; zitiert nach: St. Jones, S. 31
- 9) Thomas Weber: Christlicher Fundamentalismus in den Lehrplänen englischer Privatschulen. Rückschläge der Evolution. in: FAZ, 26.Juli 2002, S. N 3
- 10) Zur Übersicht siehe Kutschera u.a.
- 11) Martin Rasper: Gibt es einen Schöpfer? in: Natur + Kosmos. 12/2005 (S. 20-27), Zitat S. 25 .

- 12) FAZ , 14.7.05, S. 79 . / Zum Hintergrund siehe auch: M. Laubichler: Glaube ans Design. in: FAZ, 15.7.05, S. 33
- 13) George Coyne: Aliens und Atheisten. in: Die Zeit. Nr.8, 16. Feb.2006, S. 38/
George Coyne SJ: Gott sprach zu Darwin. Der Schöpfer, der Zufall und der Kardinal. in: FAZ, 25.Aug. 2005, S.31
- 14) Papst Benedikt XVI; zitiert nach: Am Anfang steht der Schöpfergeist. Auszüge aus der Predigt auf dem Islinger Feld. in: SZ, 13.9.2006, S. 12
- 15) Daniel C. Dennett: Intelligent Design. Wo bleibt die Wissenschaft? in: Spektrum der Wissenschaft. Okt. 2005 , S. 110-113
- 16) bild der wissenschaft. 3/2006 , S. 30-33
- 17) Ulrich Kutschera: Streitpunkt Evolution. Lit-Verlag. Münster: 2004/ U. Kutschera: Evolutionsbiologie. Ulmer/UTB, Stuttgart: 2006 (2.Aufl)
- 18) Cord Riechelmann: Kann das alles Zufall sein. in: Jungle World. Nr. 51/52 vom 21./23. Dez. 2005, S. 4-5. Alle Zitate stammen aus diesem Artikel
- 19) M. Rasper, S. 22
- 20) Matthias B. Krause: Und Darwin hat doch Recht. Wie das New Yorker Museum of Natural History in die aktuelle Debatte um Kreationismus und Intelligent Design eingreift. in: Tagesspiegel. 28. Nov. 2005, S. 23
- 21) Barbara Hobom: Die Frage der Herkunft. Viele Menschen halten nichts von der Evolutionslehre. in: FAZ, 16. Aug. 2006, S. N 1
- 22) M. Rasper, S. 23
- 23) B. Hobom, S. N 1